

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig. — Postzeitungsliste Nr. 40624, sechster Nachtrag.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 44.

Freitag, den 21. Februar 1908.

15. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Die Freisinnigen auf dem „Kampflplatz“.

Wenn Selbstverhöhung der erste Schritt zur Besserung ist, so kann man auf den Wahlrechtskampf der Wiener und Konforten doch noch Hoffnungen setzen. Die „Freisinnige Zeitung“ leitet nämlich ihren langen Bericht über die letzte „wirkungslos demonstrierte des freisinnigen Bürgeriums“ vom letzten Sonntag gegen Eintrittskarten in Berlin mit der rührenden Bemerkung ein, daß der Senior der Partei, Dr. Langerhans, — den Jungen ein Vorbild — auf dem „Kampflplatz“ erschienen sei, mit den Abgeordneten Träger, Rosenow, Mugdan und Gysling. Diese Namen bürgen dafür, daß der „Kampf“ die Eßenerer Springprozession übertrumpfte, bei dem Träger einen Schritt vorwärts und die übrigen zwei Schritte rückwärts machten. Sind doch Mugdan und Gysling am Ordensfeste mit zwei Dekorationen aus der preußischen Zwingburg heraus beschossen worden, was ihre Aktionskraft erheblich lähmt. So kam es, daß dieses freisinnige „Massen“aufgebot, die Zwietspaltigkeiten und Unentschiedenheiten in den Ausführungen der Redner an Möglichkeit nur mit der freisinnigen Versammlung vor 14 Tagen weiterführen konnte, die Fischbeck und Wiemer als Referenten sah. Denn was nützt alle Kritik an dem bestehenden Unrecht, wenn jeder der Redner die politische Situation anders betrachtet, der eine in Billows Absage vom 10. Januar eine Brückierung des Liberalismus sieht, der nächste sie immerhin schon als einen Erfolg preist, und wenn das Hauptorgan der Freisinnigen Volkspartei, die sogenannte „Freisinnige Zeitung“, die Vorkommnisse in den Versammlungen verschleiert und die wichtigsten Ausführungen des Referenten einfach unterschlägt.

Um zu erkennen, wie groß diese Gegenjüge innerhalb der Partei und die Verdrehungskünste dieses Blattes sind, davon gleich ein Beispiel. Als erster Redner hatte der alte Träger gesprochen, immerhin verhältnismäßig klar und entschieden; mit kräftigen Worten rückte er auch Billow zu Leibe, den „äußerlichen Liberalen, der Unstand zitiert“. Am Ende jedoch machte der Justizrat Gysling ein „widersinniges Gerede“, wie die Berliner „Volkszeitung“ schreibt, und warf alles das glatt über den Haufen, was Träger als „einigen, einheitlichen Willen“ der Partei offenbart hatte. Wir folgen dem Bericht der „Vossischen Zeitung“:

Träger:

Gegenüber allen Angriffen und Vorwürfen gegen unsere Partei betone ich, daß in unserer Partei und in den ihr verbündeten Fraktionen ein einheitlicher Wille herrscht, mit allen gesetzlichen Mitteln den Kampf um allgemeine Wahlrecht durchzuführen. (Lebh. Beifall.) Blindlings darauf losstürmen hilft hier nichts. Aber hier muß es — im Gegensatz zu manchen sonstigen Vorgängen im politischen Leben — heißen: Alles oder nichts. (Sehr richtig!) Von Abzählungen oder Übergängen kann hier keine Rede sein.

Gysling:

Wir haben uns vor und nach Proklamierung der Blockpolitik völlig gleichmäßig verhalten, insbesondere auch mit Rücksicht auf das Wahlrecht. Der Alles oder Nichts-Theorie haben auch unsere Vorfahren nicht gehuldigt. Wir huldigen ihr nur in dem Sinne, daß, wenn eine liberale Anschauung verdrängt ist zu einer Programmforderung, wir dafür kämpfen mit allen uns zu Gebote stehenden Kräften und gesetzlichen Mitteln. Das hat uns aber niemals gehindert, wenn wir eine Etappe auf dem Wege zu unsern Zielen erreichen können, diesen Etappenweg zu beschreiten.

Von diesen hanebüchernen Widersprüchen bringt die „Freis. Ztg.“ in ihrem langen Berichte kein Wort. Bei dem ihr Herz ist, beweist sie durch den „stürmischen Beifall“, den sie der Rede Gyslings anhängt, während sich in Wirklichkeit minutenlang Unruhe und allgemeiner Unwille, besonders bei den Ausführungen über die „Teilnahme“, erhob. Diese Verlogenheit schreit zum Himmel und wird nur von der naiven Unversorenheit übertroffen, mit der das Blatt zu der vorgeschlagenen Resolution bemerkt, daß sie mit dem von der Versammlung zugefügten Zusatz „ohne Rücksicht auf die Blockpolitik“ angenommen wurde. Es muß also, trotz des „stürmischen Beifalls“ nach Gyslings waschlappiger Rede, der sich so entschieden für das weitere Verbleiben im Block aussprach, doch wieder eine „sozialdemokratische Versammlung“ gewesen sein!

Man darf aber die Verdienste und die Vorschläge des Herrn Gysling nicht unterschätzen. Er entdeckte nicht nur, daß das Königsberger Schreckensurteil durchaus gerecht und der Legitimationszwang für Landarbeiter durchaus wünschenswert ist, sondern er fand jetzt auch das Mittel,

wie der junkerlichen Reaktion, der Wahlrechtsreform beizukommen sei und wie eine wahrhafte Volksvertretung gesichert werden könne. Scharf wandte er sich nämlich gegen ein Zusammengehen mit der Sozialdemokratie und zog ein langes Schimpf- und Verleumdungsregister auf. Die Sozialdemokratie kämpfe nur der Agitation willen für das Reichstagswahlrecht; bei den Straßendemonstrationen hätten die Führer nicht den Mut, sich an die Spitze zu stellen; die Sozialdemokratie mißbrauche in schänder Weise — man beachte diese anmutige Denunziation! — Pressfreiheit und Versammlungsrecht. Viel sei auch nicht zu erreichen mit Reden und Resolutionen. Das sind nur kleine Mittel.

Wie aber lautet das große Mittel des Herrn Gysling? Da ist es wörtlich:

Das große Mittel ist, daß wir uns bemühen, so viel als möglich freisinnige Abgeordnete in den Landtag zu bekommen. Rufen wir zu diesem Kampf. Sorgen Sie, daß in allen zwölf Wahlkreisen Berlins die Freisinnigen zum Siege gelangen. Das ist das Alpha und Omega im Kampfe gegen das Landtagswahlrecht.

Der arme Kant! Hätte er geahnt, daß einmal Herr Gysling Königsberg vertreten würde, so würde er sicher an einem andern Orte Logik gepredigt haben. Weil also Zusammengehen mit der Sozialdemokratie, Reden und Resolutionen nichts nützen, müssen möglichst viel freisinnige Blockfreunde der preußischen Junker auf Grund eines himmelschreienden Wahlrechts als „Volks“vertretung gewählt werden, um das — Reichstagswahlrecht einzuführen! Kann man für diese Sieben-Schwaben-Gesellschaft etwas anderes übrig haben, als ein Achselzucken?

Die Wahrheitsliebe des Reichsverbandes.

Mehrfach schon haben wir nachgewiesen, mit welchen Fälschungen und Lügen die Korrespondenz des Liebertschen „Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie“ arbeitet. Einen neuen Beweis dafür, wie gewissenlos sie fälscht, und nach dem jesuitischen Grundsatz, der Zweck heiligt das Mittel, die öffentliche Meinung betriegt, liefert die Nr. 5 (v. 13. Februar) dieser Korrespondenz. Es heißt dort:

Um die Magenfrage erhebt die Sozialdemokratie allezeit das größte Geschrei, ja sie erblickt in jedem Schützer der nationalen Produktion geradezu einen „Brotwucherer“, einen „Lebensmittelverzehrer“. Fort damit mit allen indirekten Steuern, der größten Feindin der Proletarier! Auf diesen radikalen Ton sind sämtliche sozialdemokratische Versammlungen und Zeitungen gestimmt. Aber im Reichstage? Ja, da ändert sich fast regelmäßig die Konsequenz des Wollens der Sozialdemokraten.

Erst am Freitag, den 7. Februar, traten die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten einem Kompromißantrag auf Verbilligung des Zuckers durch Herabsetzung der Zuckersteuer von 1909 ab mit aller Entschiedenheit entgegen. Diese Zuckerfabriksteuer, die früher 20 Mk., jetzt 14 Mk. pro Doppelzentner beträgt, wird auf 10 Mk. herabgesetzt werden. Die Blockparteien nahmen einen solchen Antrag, der die Verbilligung des Zuckers bedeutet, mit großer Mehrheit an. Wer stimmte dagegen? Unglaublich, aber wahr! Die Sozialdemokratie.

Und dann beweist die Korrespondenz in ihrer verlogenen Art, wie viel die Arbeiter dadurch sparen, daß die Zuckersteuer um 4 Mark pro Doppelzentner ermäßigt wird:

Welche wirtschaftliche Bedeutung die in Aussicht genommene Vier-Mark-Zuckersteuerermäßigung hat, beweist folgendes ganz bescheidene Beispiel: Die Steuerermäßigung beträgt pro Pfund zwei Pfennig. Angenommen, im Kleinhandel würde der Zucker nur um einen Pfennig billiger, so ersparten allein die drei und eine viertel Millionen sozialdemokratischer Wähler bei einem durchschnittlichen Verbrauch von 8 Kilogr. pro Kopf im Jahre die Kleinigkeit von 3 200 000 Mark.

Wie liegt tatsächlich die Sache? In der Kommission hatte Graf Schwerin-Löwis beantragt, daß die Herabsetzung der Zuckersteuer von 14 auf 10 Mark spätestens am 1. Oktober 1909 erfolgen müsse. Dieser Antrag fand eine entschiedene Mehrheit, und zwar stimmten dafür auch die sozialdemokratischen Mitglieder. Der Regierung passte in ihrer finanziellen Verlegenheit jedoch diese Zeitbestimmung nicht; sie wollte freie Hand behalten, die Steuerermäßigung dann einzuführen, wenn es ihr paßt. Deshalb knüpfte sie hinter den Kulissen mit den Blockparteien Verhandlungen an; und am 7. Februar stellten dann auch im Reichstag die Abgg. Bassermann (natlib.), v. Grabski (Pole), v. Normann (kons.), v. Derzen (Rp.), Dr. Paschke (frei. Fgg.), Schweickhardt (deutsche Sp.), Vogt-Hall (wirtsch. Fgg.) und Dr. Wiemer (frei. Sp.) folgenden Antrag:

1. an Stelle der Artikel 1 und 2 der Kommissionsbeschlüsse zu setzen:

Artikel.

Die Zuckersteuer wird vom 1. April 1909 ab auf 10 Mark von 100 Kilogramm Reingewicht herabgesetzt, sofern bis dahin Gesetze zustande kommen, die eine Erhöhung der eigenen Einnahmen des Reiches um mindestens 35 Millionen Mark jährlich bezwecken. Kommen solche Gesetze erst nach dem 1. April 1909 zustande, so erfolgt die Herabsetzung der Steuer gleichzeitig mit deren Inkrafttreten.

Gegen diesen Antrag, der die Einführung der Zuckersteuerermäßigung hinauschiebt und alles dem Ermessen der Regierung überläßt, stimmten natürlich unsere Genossen. Sie verlangten, daß bestimmt am 1. Oktober 1909 die Ermäßigung in Kraft trete. Genosse Südekum begründete die Ablehnung mit folgenden Worten: „Was jetzt aus dem Antrag geworden ist, kann unsere Zustimmung nicht erhalten. Von Artikel 1 ist für uns nur der erste Satz annehmbar; die Zuckersteuer wird spätestens am 1. Oktober 1909 von 14 Mk. auf 10 Mk. von 100 Kilogramm herabgesetzt. Für diesen Teil stimmen wir auch; was aber dann noch in dem Artikel 1 enthalten ist, lehnen wir ab.“

Es ist also direkt gelogen, wenn die Korrespondenz des Reichsverbandes behauptet, die Sozialdemokratie wolle nicht die Herabsetzung der Zuckersteuer. Gerade das Umgekehrte ist richtig: die sozialdemokratische Fraktion wollte die Regierung zwingen, spätestens am 1. Oktober 1909 die Ermäßigung durchzuführen; während die Parteien, die für den Antrag Bassermann stimmten, die Sache auf die lange Bank geschoben haben.

Die Korrespondenz des Reichsverbandes steht also genau auf derselben Höhe der Moral und des Anstandes wie der Reichsverband selbst.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Zur Reichstage

wurde am Donnerstag zunächst das Telefunkengesetz erledigt, in das leider, wie Genosse Frank tadelnd hervorhob, keine Ordnung der Gebühren aufgenommen worden ist. Dann wurde die Justizdebatte fortgesetzt. Der Schwabe Roth, Mitglied der Wirtschaftlichen Vereinigung, hielt eine rechtlich reaktionäre Rede. Immerhin ist der Mann ein Süddeutscher und so konnten seine Ausführungen nicht auf das abgrundtiefe Niveau des Gewässers des Bäcklerimpresarios Bruhn herabsinken. Dieser ritualgläubige Staatsbürger verherrlichte den schneidigen Idenbiel, schimpfte auf den Nationalliberalen Heinze und schrie nach verstärktem richterlichem Schutz der bäckereimeisterlichen Profitwucherer. Der freisinnige Handelskammerpräsident Dove will von Sonderstrafgerichts für Landarbeiter und Bureauangestellten nichts wissen — bekanntlich hat er sich auch mit den Kaufmannsgerichten sehr schwer abgefunden — und tadelt reichlich fanftmütig die Schönheitsfehler, von denen auch sein blockfommes Gemüt die Dame Justitia nicht ganz freisprechen kann. Mit ägender Schärfe schilderte der Pole Sedza den Hakatismus im Richterlar. Im Osten wird die Klassenjustiz zugleich zur Rassenjustiz. Einer Beantwortung der scharfen Anklagerede, die auch von unseren Bänken lebhaften Beifall erhielt, entzog sich die staatssekretärische Nullität durch den bekannten Kompetenzinwand. Der Reichsparteiler Warenhorst gab dem Haupte die tröstliche Versicherung, daß er trotz seines martialischen Schnurbartes kein Blutrichter sei. Mit würdevoller Sachlichkeit, die bisweilen an Niederdingische Langweiligkeit grenzte, nicht ohne Wohlwollen und mit einem homöopathischen Zusatz sozialen Verständnisses erörterte Herr Bassermann die Frage der Jugendgerichte. Auch Herr Niederding hat die Frage sorgfältig erwogen. Herr Niederding erwägt überhaupt so intensiv, daß wir versucht sind, ihm als Grabchrift vorzuschlagen:

Denn ich bin ein Mensch gewesen

Und das heißt Ermäßer sein.

Am Schlusse der Sitzung führte der mecklenburgische Junker v. Malz an ein Spektakelstück auf. Er entzündete sich über den Fall Wrede, d. h. nicht über die Silberdiebstähle der „geisteskranken“ Fürstin, sondern über die, wie er behauptete, tendenziöse Ausschlichtung des Falles seitens der Oppositionspressen. Immerhin tadelt er, daß man die Fürstin in einem Privat-sanatorium, statt in einer öffentlichen Anstalt unterfucht habe, und tadelt die allzu weite Ausdehnung des aristokratischen Privilegs der Unzurechnungsfähigkeit. Daneben pöbelte er den Genossen Stadthagen mit einer Dreifigkeit an, die auf einen intensiven Umgang mit dem Samischauer Kasperlein läßt. Großartig die bers-

den Hände in den Hosentaschen vergraben, stand der Dreiklassenhaus-Präsident an der rechtsseitigen Treppe der Rednertribüne und grinst behaglich über die ihm so vorstrahlenden Büne, die dort oben angehängt wurden. — Die gebührende Antwort wird dem obotritischen Kreth nicht vorenthalten bleiben. Am Freitag geht die Beratung weiter.

Nach ein Freisinniger!

Herr Gysling sprach dieser Tage in einer freisinnigen Wahlrechtsdemonstration in Breslau. Es war freilich keine Demonstration gegen, sondern für das Dreiklassenwahlrecht! Keine Kundgebung gegen, sondern für das Herrenhaus! Und eine Kundgebung gegen die schlimmsten Feinde des Vaterlandes: Barth, von Gerlach und die Sozialdemokratie. „In den Sälen (!) des Cafe-Restaurants“, so hatte man an den Säulen renommirt, sollte sie vor sich gehen. In dem einen größeren Zimmer dieses Restaurants fand sie statt. Die wiederholten Hinweise zweier freisinniger Blätter, 100 Plakate an ebensoviele Säulen, eine rege mündliche Agitation im — Rechtsanwaltszimmer und Bierkeller und sonstige private Bemühungen, die Herstellung des Paradiesgauls Gysling aus Königsberg — alles das hatte nicht vermocht, die Freisinnigen in eine Wahlrechtsversammlung zu bringen.

Vielleicht war das gut. Wären „die Säule“ voll gewesen, so hätte man den Gysling ausgelacht. Herr Gysling brachte es fertig, zur Wahlrechtsfrage etwas ganz Neues zu enthüllen. Er sagte zunächst gegen die feste Stütze des Geldwahlrechts, die Konservativen, keine Silbe! Nicht einen Ton! Kein Wortlein gegen Bülow — aber alles gegen Barth, Gerlach und die Noten. Dann aber kam die Überraschung des Abends: Eine glühende Verherrlichung Bülows! Es sei gar nicht wahr, daß Bülow den Freisinnigen sein Wort gebrochen hätte. Er hätte es ihnen überhaupt nie gegeben! Barth sage die Unwahrheit. Niemals habe Bülow den Liberalen eine Wahlreform versprochen. Niemals! Auch bei der Reichstagswahl nicht. Auch in Rorderney nicht. Niemals! Nie sei ihm derartiges eingefallen. Man könne das auch von ihm gar nicht verlangen. Im Block könne man nicht nur trotzen, sondern gerade deshalb halb bleiben! Weil ja Bülow dem Freisinn nichts getan habe. Man habe „lange genug Opposition gemacht“, da sei es zur Abwechslung ganz gut, sich „an der aktiven Politik zu beteiligen“.

Und seine Pointe? „Was soll der Liberalismus tun? Straßendemonstrationen nützen nichts. Reden nützen auch nichts. Versammlungen nützen nichts. — also: Warten wir ab, was Bülow uns gibt. Auf die Meinung der Wähler ist nicht viel zu geben, höchstens, wenn sie noch reaktionärer sein sollte wie die der Führer. Ist sie radikaler, so ist es Stimmungsmache, Barthianismus.“

Und dann die Sozialdemokratie! Sie wurde von Herrn Gysling gründlich abgefertigt. Für sie hatte er, da er gegen die Konservativen (und, weil es Breslau war, auch gegen das Zentrum) kein Wort gesagt hatte, Zeit genug. Ja, was bisher noch kein einziger aus der Wiemergarde fertig gebracht, gewagt hatte — Herr Gysling brachte es fertig: Er verteidigte das — Herrenhaus und verurteilte seine Kritiker!

Die freisinnige Breslauer Presse aber, die sonst alles, was bis 11 Uhr abends passiert, registriert, sogar Rezensionen über wertlose Kadelburgiana noch nachts ins Blatt bringt, brachte über diese „Kundgebung“ am andern Morgen kein Sterbenswörtchen. Diese Selbstkritik enthebt uns jeden Kommentars!

Der Schwundel vom Kampf gegen die Zentrumsherrschaft,

den der Block nach freisinnigen Versicherungen führen soll, wird wieder einmal grell beleuchtet durch folgende Nachsicht aus Frankfort a. M.: In der Stadtvorordnetenversammlung kam es zu lebhaften Auseinandersetzungen, weil der Kultusminister die Eröffnung von vier neuerbauten Schulen als Simultan Schulen verweigert hat und die Errichtung dreier Konfessionschulen verlangt. Der Magistrat wurde darauf hinzuwirken ersucht, daß die neuen Schulen beim Inkrafttreten des Volksschulgesetzes am 1. April nicht in Berechnung gezogen werden. Bürgermeister Grim m erklärte, der Magistrat stehe auf dem Standpunkte der Simultan Schule, müsse aber auch das Volksschulgesetz loyal durchführen.

Zentrum ist Trumpf! Wit und ohne Block!

Hat man ihn gefunden?

Als Nachfolger des Freiherrn v. Stengel ist der Unterstaatssekretär im Reichspostamt Sydow in Aussicht genommen.

Eine ärztliche Kritik.

Der Entwurf eines Gesetzes gegen die Kurpfuscherei wird im Organ des Deutschen Ärztevereinsbundes einer scharfen Kritik unterzogen. Darin heißt es, daß der Entwurf den wohlbegründeten, in den letzten 10 Jahren von den Deutschen Ärzetagen wiederholt erhobenen Forderungen in keiner Weise gerecht werde. Es sei nur ein schwächlicher Versuch mit kleinen Mitteln zur Beseitigung eines Krebschadens am Leibe des deutschen Volkes, dem nur mit Radikaloperation, der Wiedereinführung des Kurpfuschereiverbots, wie es vor Emanation der Gewerbeordnung im Jahre 1869 bestand, wirksam beizukommen wäre. Da der Entwurf, falls er überhaupt Gesetz wird, voraussichtlich auf lange Zeit hinaus beschwichtigend wirken soll den Beschwärzten des ärztlichen Standes gegenüber, so müsse schon heute gesagt werden, daß er in dieser Form diese Folge nicht haben wird und nicht haben kann, daß er nur halbe Maßregeln vorschlägt, und daß die deutschen ärztlichen Standesvertretungen unbedingt an ihrem Verlangen festhalten müssen, daß das Kurpfuschereiverbot wieder eingeführt werde.

Von den seitens der Reichsregierung gegen diese Wiedereinführung ins Feld geführten Gründen könne kein einziger als zwingend anerkannt werden. Insbesondere aber nicht: 1. „Die Neigung weiter Volkstheile, sich gerade von Kurpfuschern behandeln zu lassen“; 2. das angebliche „Bedürfnis Gebildeter und Ungebildeter nach Heilung“.

mus“; 3. die angebliche „Unmöglichkeit, die Klagen der Kurpfuscherei ganz zu unterdrücken“. Diesen Einwänden wäre eben durch ein unbedingt, mit aller Strenge durchgeführtes und durch hohe Strafen unterstütztes Verbot der Ausübung der Heilkunde sowie deren Ankündigung durch nicht approbierte Personen mit Erfolg zu begegnen; und mindestens sollte man den Versuch ohne Rücksicht auf die Betroffenen, leider in recht „hohen Kreisen“ noch herrschenden Sympathien für die Kurpfuscherei unternehmen.

Unter Kurpfuschern sind auch, wie wir hinzufügen, Gesundheitsbetreuer, Händeaufleger und andere „Spezialisten“ zu verstehen.

Freisinnskämpen gegen die Reaktion.

In einem längeren Artikel im „Berliner Tageblatt“ wendet sich Theodor Barth scharf gegen die Absicht des Zentralvorstandes der Gesellschaft zur Verbreitung von Volksbildung, den Bilderkatalog unter die Zensur des preussischen Kultusministers zu stellen. Er führt dazu aus, daß die Zumutungen, die gestellt werden, bisher nur teilweise bekannt geworden sind. Auf den Index sind nicht nur die Werke von Schell, Strauß, Haackel, Darwin, Deikisch, des Freundes Wilhelm II., gesetzt worden, sondern sogar Biographie über Haackel, Nietzsche, Strauß.

Außerdem einige zwanzig Bände der religionsgeschichtlichen Volksbücher, an deren Herstellung eine große Anzahl liberaler Theologen sich beteiligt hat. Selbst Werte wie M. W. Meyers Entlebung der Erde, ein Buch, das allerdings nicht auf dem Boden blödsinniger Schöpfungsgeschichte steht, und Carus' Sternes Werden und Vergehen sind beanstandet. Es liegt auf der Hand, daß, wenn der Zentralausschuß der Gesellschaft sich löblich unterwirft, damit jedem weiteren reaktionären Einschreiten des Kultusministeriums Tor und Tür geöffnet ist. Ein Zensur, der eine Biographie über David Friedrich Strauß oder Ellen Keys Jahrhundert des Kindes beanstandet, kann morgen Goethes Faust und übermorgen Schillers Räuber auf den Index legen.

Auf den Einwand, daß die Gesellschaft, an deren Spitze der liberale Prinz Schönau-Carolath steht, in ihrem Kampfe gegen das preussische Muckertum wenig Mittelreiter finden würde, antwortet Barth:

Wenn bei einem solchen Kampfe die Vertreter von Bildung und Verstand nicht mitzureißen sind, so bedeutet das den Bankrott des Liberalismus aller Schattierungen. Auf Widerstand verzichten, weil man an eine ernste Unterstützung nicht glaubt, hieße aber nicht den Bankrott vermeiden, sondern die Zahlungsunfähigkeit anerkennen. Ist diese in Wirklichkeit vorhanden, was ich für meine Person bestreite, so ist es besser, sie wird offenbar.

Und weiter heißt es: Herr Holte hätte den Zensurakt nie riskiert, ebensowenig Herr Bülow seine Wahlrechtsklärung vom 10. Januar, wenn nicht der Liberalismus in den Zustand chronischer Nachgiebigkeit versunken wäre.

In ihrer Wut plagt darauf die „Freisinnige Zeitung“ mit der Lebenswürdigkeit gegen die freisinnige Fraktionsgemeinschaft heraus, daß solche Vorwürfe beileibe nicht die Freisinnige Volkspartei trafen, sondern nur die „engeren Parteigenossen des Herrn Barth“, die Freisinnige Vereinigung, deren Angehörige den betreffenden Verein mit leiten.

Die Behandlung der Eingeborenen in den Kolonien.

In der Budgetkommission begann die Beratung des Kolonialrats. Staatssekretär Dernburg erschien, um die Ergebnisse der Reisejahrgängen, die er in Ostafrika gesammelt hat, vorzutragen. Dernburgs Kolonial-Optimismus hat keine Abschwächung erfahren; er sieht heute wie bei Antritt seines Amtes weniger auf die steigenden Ausgaben, die das Reich — noch dazu aus der Belastung der Volkslebensmittel — für die Kolonialpolitik aufwenden muß als auf die Möglichkeiten zukünftiger Entwicklung. Es wird immer nötig sein, gegen den übertriebenen Optimismus derer, die gern sich selbst und die Mitwelt in kolonialen Phantasien verausgaben, die harten Wirklichkeiten zu betonen. Und man wird immer wieder fordern müssen, daß in erster Linie das Kapital selbst das Risiko für Unternehmungen tragen soll, von denen es den Gewinn ziehen will.

Dagegen muß den Ausführungen des Staatssekretärs Dernburg über die Lage der Eingeborenen, über ihre Arbeitsbedingungen und ihre Rechtsverhältnisse große Bedeutung beigemessen werden. Dernburg hat ein ganzes Programm der Eingeborenenpolitik aufgestellt. Über manche Einzelheiten dieses Programms sind sicherlich noch gründliche Erörterungen nötig und manches bedarf noch der kritischen Untersuchung und Berichtigung. Aber im allgemeinen muß gesagt werden, daß uns das Programm der Eingeborenenbehandlung, das Dernburg aufstellt, eine erfreuliche Überraschung bringt. Herr Dernburg befaßt sich jetzt mit viel, was wir Sozialdemokraten stets gesagt haben, was aber von der herrschenden Kolonialpolitik hochmütig abgelehnt worden ist. Er geht von der richtigen Erkenntnis aus, daß die Eingeborenenbevölkerung den wahren Reichtum der Kolonien bildet, so daß sowohl aus Gründen des Rechts und der Menschlichkeit als auch um der wirtschaftlichen Entwicklung der Kolonien willen die richtige Behandlung der Eingeborenen die wichtigste Frage der Kolonialpolitik ist. Hierin ist aber seit jeher von der deutschen Kolonialpolitik entschieden gesündigt worden. Man hat mit Macht und Gewalt, mit Flinte und Peitsche, mit Arbeitszwang und Steuerdruck die Eingeborenen gemißhandelt. Die Peters und Liebert, die heute in Triumpfhügen durch das Land ziehen und von einer rassistischen Anhängerenschaft umjubelt werden, sind Typen dieser unmenschlichen rassistischen Eroberungs- und Unterdrückungspolitik. Es darf als ein bedeutames Moment in der Geschichte der deutschen Kolonialpolitik angesehen werden, daß der Staatssekretär des Reichskolonialamtes sich scharf und entschlossen gegen die bisherige Eingeborenenpolitik wendet. Welch juchbare Anklagenwort schleuderte Dernburg vor der Budgetkommission des Reichstages gegen die bisherigen Kolonialmethoden: Die Eingeborenen müßten das Gefühl haben, daß ihnen die deutsche Verwaltung Vorteile bringe, bisher habe ein solches Gefühl nicht aufkommen können, sondern der Schwarze habe viel Druck und Nachteile ertragen müssen! Von jetzt an

müsse eine negererhaltende Politik getrieben werden! Die Lage des Negers im Rechtsboden sei heute sehr ungünstig! Die Neger würden von den Weißen oft miserabel behandelt! Die Arbeitsbedingungen der Neger seien sehr ungünstig!

Sa, da wir Sozialdemokraten seit vielen Jahren diese selben Anklagen erhoben haben, da wir in diesen Verhältnissen auch die Ursachen der Missetaten erblickten — wie wurden wir geschmäht, wie wurden wir als Schwarzenfreunde verhöhnt, wie wurden wir als Vaterlandsfeinde beschimpft. Man darf begierig sein, welches Echo Dernburgs Darlegungen bei den kolonialen Parteien und Interessengruppen finden werden.

Und freilich — vom Wort zur Tat ist noch ein weiter Weg. Nach so viel Sünden der Vergangenheit wird es nicht leicht sein, gründliche Besserung herbeizuführen. Es wird abzuwarten sein, ob Herr Dernburg die Lehren seiner Ostafrikafahrt in ein System von Maßnahmen wird umzusetzen imstande sein, die geeignet sind, eine humane und geistliche Eingeborenenpolitik herbeizuführen. Sedenfalls kann es uns mit Befriedigung erfüllen, wenn jemand in gewissem Umfange die von uns vertretenen Anschauungen übernimmt, auch wenn dieser Jemand der Staatssekretär Dernburg ist.

Rußland.

Zu Stöpel-Prozess wurde gestern das Urteil verkündet. General Stöpel wurde zum Tode verurteilt, ohne Verlust der Ehrenrechte. General Fock erhielt einen Verweis. Die Generale Keiß und Smirnow wurden freigesprochen. Der Gerichtshof wird den Kaiser bitten die Strafe für Stöpel in 10 Jahre Festungshaft umzuwandeln in Anbetracht der heldenmütigen Verteidigung der Garnison unter seinem Oberbefehl sowie seiner persönlichen Tapferkeit. Stöpel nahm das Urteil lächelnd auf. Er weiß, daß es ihm nicht an den Krügen gehen wird.

Portugal.

Francoes Lieblingsland. In der „Köln. Ztg.“ lesen wir über die Zukunftspläne des aus Portugal verjagten Diktators Franco: „Von Joao Franco verlautet, daß er sich auf längere Zeit in Deutschland niederlassen will, dem Lande, von dem er immer mit besonderer Vorliebe gesprochen haben soll.“ — Endlich ein Lichtstrahl in der deutschen Ministernot. Der starke Mann ist da! Franco hilft Deutschland als die Heimat seiner Seele. Hier gefällt es ihm, hier ist er sicher. Franco — als deutscher Reichskanzler oder als Schatzsekretär, der beliebige Ausschüsse an Mächtige gibt — welche herrliche Zukunft!

Norwegen.

Abkündigung der Krönung. Das Konstitutionskomitee des Storting hat einstimmig eine wichtige Veränderung des Grundgesetzes vorgeschlagen, nämlich die Aufhebung der Krönung.

England.

Der 8-Stundentag für Bergleute ist gestern im Unterhause genehmigt worden.

Marokko.

Die Kämpfe bei Casablanca. Es heißt, daß die Franzosen bei Casablanca eine schwere Niederlage erlitten haben; sie hätten viele Tote verloren, und die Eingeborenen wären bis auf 10 Kilometer an die Stadt herangekommen. — Nach einem Mittwoch abend 8 Uhr 20 Min. in Tanger aufgegebenen Telegramm an die „Frankf. Ztg.“ dauerte die Schlacht bei Buznika nördlich von Casablanca fort. Auf französischer Seite sind bisher zwei Offiziere und sieben Mann tot sowie 30 verwundet.

Ein Telegramm des Generals d'Amade meldet, daß drei Kolonnen Schützen aus Ber Reichid von Sidi Abdel Kerim nach Sidi Aneffa, 10 Kilometer nordwestlich von Ber Reichid, marschierten, indem sie das ganze Gebiet von Medakra durchzogen. Die Verluste des Feindes, der seit dem 17. Februar nicht wieder gesehen war, seien recht beträchtlich. d'Amade ging mit seinen Abteilungen wieder nach Casablanca zurück. Die Abteilung Larpin bezog wieder ihre Garnison an der Küstengegend. Admiral Philibert telegraphiert, in Saffi und Mogador herrsche Ruhe, ebenso in den anderen Häfen.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Freitag, den 21.

Zug von Mauern und Zimmerern nach Söhrn... in Travemünde ist streng fernzuhalten, da die Sperre über diese Firma verhängt ist.

Zug nach der Grevesmühlener Malzfabrik ist strengstens fernzuhalten.

Lichtung Bäcker! Die Gesellen der „Fahrenkruger Brotfabrik“ befinden sich im Streik; kein organisierter Bäcker darf dort Arbeit annehmen.

Schmiergelder und Geschenke werden leider noch immer von Geschäftsleuten an Beamte und Privatleute verabfolgt, um dieselben zu bewegen, bei Vergabung von Aufträgen usw. die betr. Firma zu berücksichtigen. Daß darin ein Krebschaden liegt, der dringend der Beseitigung bedarf, liegt auf der Hand. Das Amtsblatt bringt gestern abend folgende offiziöse Notiz:

Es ist dem Senate bekannt geworden, daß seitens hiesiger Lieferanten einem Beamten Weihnachtsgeschenke zugesandt worden sind, die nicht in einer persönlichen Beziehung, sondern in der dienstlichen Stellung des Beamten ihren Grund hatten. Wie wir erfahren, hat aus diesem Anlaß der Senat einen Erlaß an sämtliche Behörden ergehen lassen, in welchem er seine Überzeugung ausdrückt, daß, wie in dem zu seiner Kenntnis gelangten Falle, auch sonst die ehrverletzende, herabwürdigende Zumutung, die mit solchen Zuwendungen an den Beamten herantritt, auf das schärfste zurückgewiesen werde. Dann heißt es weiter: „Um einer derartigen Mißrate wirksam zu begegnen, verfügt der Senat, daß jeder Beamte, dem ein Geschenk oder etwas Ähnliches in seiner dienstlichen Eigenschaft angeboten wird, hiervon alsbald seiner vorgesezten Behörde Mitteilung zu machen hat, damit je nach Lage des Falles gegen den Lieferanten wegen Beamtenbeleidigung oder durch Ausschließung von

Dieser uns auftragten vorgegangen werden kann. Der Beamte aber, der dem entgegen aus Anlaß seiner dienstlichen Tätigkeit irgendwelche Geschenke annehmen sollte, hat im Disziplinarwege strengste Bestrafung zu gewärtigen.

Man kann dieses Vorgehen des Senates nur billigen.

Über die Erbauung einer Klappbrücke über den Hafen
unterhalb der Struckfähre sprach am Mittwochabend in einer Versammlung des Vaterstädtischen Vereins Bauwart Krebs, der die Notwendigkeit der Brücke betonte. An den Vortrag knüpfte sich eine sehr lebhafte Debatte, in welcher sich fast alle Redner als Gegner des Projekts erklärten. Es kam zum Ausdruck, daß die Brücke für die Zukunft berechnet sei, wenn von dem Vorwerker Terrain die Industrie Besitz ergriffen habe. Darüber würden aber noch viele Jahre vergehen. Die Brücke werde auch nicht verkehrsfördernd, sondern verkehrshindernd wirken. Das Öffnen und Schließen der Brücke sei stets mit Zeitverlust verbunden und da auch von Führern wie von Passanten Brückenlohn erhoben werden soll, so werde der gesamte Verkehr von der Vorstadt St. Lorenz seinen alten Weg über die Puppenbrücke nach der Stadt nehmen. Die finanzielle Lage Lübecks sei auch gar nicht darnach angetan, an solche kostspielige Projekte zu denken. Lebhaft eingetreten wurde für den Bau einer Brücke von der Catharinenstraße über den Stadtgraben, die Walfahrbinsel, die Trave nach der Untertrave. Durch eine derartige Brücke werde die Schifffahrt in keiner Weise behindert und ein Verkehrsweg geschaffen, der für die Vorstadt wie für die Stadt der gegebenste und vorzuziehendste sei. Auch die Vorstadt St. Gertrud werde durch eine solche Brücke der Vorstadt St. Lorenz und dem neuen Hauptbahnhofe wesentlich näher gerückt. Habe nach Jahren auf dem Vorwerker Terrain die Industrie einen solchen Umfang angenommen, daß die Brücke notwendig sei, dann könne sie immer noch gebaut werden, aber nicht als Klappbrücke, sondern als Hochbrücke, um der Schifffahrt kein Hindernis zu bieten. Beschlusst wurde auch die Errichtung einer Dampfbrücke für Fuhrwerks- und Personenverkehr statt der bisherigen Struckfähre, wodurch der Brückenbau hinfällig werde. Anderorts hätten sich derartige Fahren vorzüglich bewährt.

Freisinnige Berichterstattung. Daß Ehrlichkeit nicht gerade zu den hervorragenden Tugenden unserer Freisinnigen gehöre, ist eine allbekannte Tatsache, die einer besonderen Erwähnung eigentlich nicht bedarf; die Berliner „Freisinnige Zeitung“ geht mit dem besten Beispiel voraus und die kleinen Blättchen der Provinz bemühen sich erfolgreich, ihr nachzueifern. Natürlich ist es das gute Recht dieser Organe, ihre Leser gründlich zu belügen, so lange dieselben sich das gefallen lassen. Wie's gemacht wird, dafür nur ein kleines Beispiel. Am letzten Sonnabend fand in Schlutup eine Volksversammlung statt, die derartig überfüllt war, daß zahlreiche der Erschienenen im Versammlungsort selbst keinen Platz mehr fanden, sondern dichtgedrängt in der Gasse stehen mußten. Darüber berichtet der „Landbote“ wie folgt: „Am Sonnabend, den 15. Febr., abends 9 Uhr hatte ein ungenannter Herr aus der Johannisstraße eine öffentliche Volksversammlung für Männer und Frauen“ einberufen. Diese Versammlung, die im Gasthof zur Linde stattfand, war recht schwach besucht, trotzdem es unten auf der gedruckten Einladung hieß: „Arbeiter! Bürger! Erscheint in Massen zu dieser Versammlung — der Einberufer. Referent war Arbeitersekretär Herr Schneider, Lübeck. Derselbe sprach über „Die politische Lage“. Da feststeht, daß die Sozialdemokratie hier immer mehr Anhänger verliert, so wird wohl jene Einberufung weiter nichts zu bedeuten gehabt haben, als neue Freunde „in Massen“ zu gewinnen, und das dürfte dem Einberufer hier im kurieren Schlutup nicht gelungen sein.“ Wir drücken vorstehenden Bericht zur Erhellung der betr. Versammlungsbesucher ab, die aus demselben entnehmen können, in welcher wahrheitsgetreuen Weise die bürgerlichen Blätter ihre Leser zu unterrichten pflegen. Im übrigen zeugen die Aufstellungen des freisinnigen Blattes nur für die ohnmächtige Wut, die in gewissen Kreisen über die eifrige Agitations- und Aufklärungsarbeit der Sozialdemokratie herrscht.

Die Dienstmädchenbewegung in Lübeck schreibt vorwärts. Am 13. Februar fand im großen Saale des Vereinshauses eine öffentliche Versammlung statt. Der gute Besuch war der eifrigen Tätigkeit unserer Genossinnen zu danken, die an zwei Sonntagen Flugblätter unter den Mädchen verbreitet hatten. Fel. Baer, Berlin referierte über das Thema: „Welche Forderungen müssen die rechtlosen Dienstmädchen stellen.“ Die Referentin führte aus, daß auch die Lübecker Gesindeordnung, obgleich in der Neuzeit geschaffen, keinen modernen Geist atme, sondern Abhängigkeit und Rechtslosigkeit fortbestehen lasse. Die Gesetze selbst seien den jungen Mädchen bei der Ergriffung des Berufes fast immer fremd und erst die Erfahrung läßt sie ihre Abhängigkeit erkennen. Als wichtigste Forderung stellte Frau Baer die Eringung der freien Zeit auf, wodurch es möglich sei, sowohl im Beruf, wie geistig und gesundheitlich Vorteile zu erreichen. Weiter ist die Ausdehnung des Fortbildungsschulunterrichts, verbunden mit Haushaltungunterricht an Tagesstunden auf die Dienstmädchen zu fordern, um sie so mit reichem Wissen und besseren Kenntnissen ausgestattet, unabhängig zu machen und an Stelle der dienenden die freie Arbeiterin treten zu lassen. Ferner wurde hervorgehoben die Nützlichkeit eines Stellennachweises für Dienstmädchen, durch welchen zugleich Vorteile für die Dienenden vertraglich gesichert werden können. Notwendig sei dazu, daß der größte Teil der Dienenden zur Organisation trete, dann würden auch die Herrschaften veranlaßt werden, den Forderungen der Dienstmädchen mehr Rechnung zu tragen. Nach dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrage wurde u. a. von der Vorsitzenden des Hausangestellten-Vereins darauf hingewiesen, daß im Monat März ein eigener Stellennachweis Johannisstraße 48, part., errichtet werde und aufgefordert, diesen unentgeltlichen Stellennachweis benutzen zu wollen. Eine größere Anzahl Mädchen ließ sich in den Verein für Hausangestellte als Mitglieder aufnehmen.

Das Gewerbegericht hatte am Donnerstag drei Klagen zu erledigen, die alle gegen das Hochofenwerk gerichtet waren. Der Arbeiter W. W. war einige Tage nicht zur Arbeit erschienen und soll, als der Meister ihn nach dem Grund des Fernbleibens befragt, diesem eine Antwort gegeben haben, die dieser als Beleidigung und Grund zur sofortigen Entlassung angesehen hat. Gegen diese ungerechtfertigte Entlassung suchte W. Schutz beim Gewerbegericht, das auch die Nichtberechtigung der Entlassung anerkannte. Wenn W. auch unentschuldig von der Arbeit ferngeblieben sei, so könnten die diesbezüglichen Paragraphen der Arbeitsordnung in diesem Falle nicht herangezogen werden, denn nach denselben hat das Werk nur dann die Berechtigung zur sofortigen Entlassung, wenn das Fernbleiben mit Unterbrechung stattgefunden hat. In diesem Falle sei Kläger drei Tage hintereinander nicht zur Arbeit erschienen, daher könne von einem wiederholten Fernbleiben nicht gesprochen werden. Eine Beleidigung des Meisters liege auch nicht vor und so sei der Klageanspruch des W. ihm eine Entschädigung in Höhe des ordentlichen Tagelohns für eine Woche zuzusprechen, berechtigt. Das Gericht entschied

in diesem Sinne. — Der Arbeiter T. soll ebenfalls mehr als drei Tage auf dem Werke nicht erschienen sein, und soll er deshalb 24 Mk. einbüßen. Kläger behauptet jedoch, daß er wegen Krankheit gefehlt und sich auch entschuldigt habe. Die gegnerische Seite behauptet, T. habe seine Entlassung in ungeheuerem Zustande gefordert; die Folgen seien ihm von der Verwaltung klargelegt worden. Indem Tags habe T. die Abwesenheit des Ingenieurs abgewartet und statt des Entlassungsscheines einen Krankenschein gefordert. T. habe sich aber mehrere Tage beim Arzt nicht sehen lassen, sei vielmehr betrunken und beim Kartenspiel angetroffen worden. Als T. die Arbeit wieder aufnehmen wollte, habe das Werk dies abgelehnt. Kläger wurde, weil der Vertreter des Hochofenwerks keine Angaben durch Zeugen erhärten kann, mit seinem Klageanspruch abgewiesen. — 24,37 Mk. Lohn klagte der Arbeiter H. vom Hochofenwerk ein, die ihm ungerichtlich vom Lohne abgezogen wurden. Beim Klagen wurden ohne vorherige Mitteilung Lohnkürzungen vorgenommen. Einmal ließ er sich dies gefallen, und als ihm zum zweiten Male der Schmachtriemen enger gezogen werden sollte, protestierte er mit der Klage vor dem Gewerbegericht, das auf seinen Eid hin ihm die Forderung zusprach.

Sandelsregister. Am 19. Februar 1908 ist eingetragen: 1. bei der Firma Ernst Kruse in Lübeck: Inhaber: G. V. E. Kruse, Kaufmann in Lübeck; 2. die Firma Friedrich Michael in Lübeck. Inhaber: F. H. Michael, Kaufmann in Lübeck. Angegebener Geschäftszweig: Samenhandlung, sowie Blumenhandlung; 3. die Firma Wilhelm Vogge in Lübeck. Inhaber: F. H. W. Vogge, Kaufmann in Lübeck. Angegebener Geschäftszweig: Versicherung und Agenturgeschäft; 4. die Firma Georg Davidsson in Lübeck. Inhaber: G. J. Davidsson, Kaufmann in Lübeck. Angegebener Geschäftszweig: Ladeneinrichtungsgegenstände und Schaufensterbedarfsartikel; 5. die Firma Albert Herold in Lübeck. Inhaber: C. H. F. Herold, Kaufmann in Lübeck; 6. bei der offenen Handelsgesellschaft in Firma Friedr. Storm in Lübeck: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Der bisherige Gesellschafter Kaufmann M. G. Storm in Lübeck führt das Geschäft unter unveränderter Firma als alleiniger Inhaber fort; 7. bei der Firma F. J. G. Schuster, Kaufmann in Lübeck; 8. bei der Aktiengesellschaft für Kartonnagenindustrie in Lohsbühl, Zweigniederlassung unter der Firma Fr. Gwers u. Co. (Inhaberin: Aktiengesellschaft für Kartonnagenindustrie) in Lübeck: Wilhelm Beyers ist aus dem Vorstände ausgeschieden.

Über die Nachsendung von Postpaketen und Postfrachten nach fremden Ländern sind vom Reichs-Postamt neue Bestimmungen erlassen worden. Mit der nachstehenden Postanstalt nicht bekannt, ob zwischen dem neuen Bestimmungsland und dem Ursprungsland ein Austausch von Postpaketen mit Nachnahme besteht, so kann die Nachsendung erfolgen, sofern Postpakete mit Nachnahme aus Deutschland nach dem neuen Bestimmungsland zulässig sind. Die deutsche Postanstalt an der Grenze kann aber auch Vornehmen mit der ursprünglichen Bestimmungsanstalt entweder eine Unbestellbarkeitsmeldung erlassen, in der der Sachverhalt erörtert wird, oder auch die Sendung nach dem Aufgaborte zurückgeben, wenn die Nachsendung in Verfolg einer Unbestellbarkeitsmeldung geschehen war. Dies geschieht, wenn dem Postamt an der Grenze mit Sicherheit bekannt ist, daß das neue Bestimmungsland und das Ursprungsland einen Austausch von Nachnahmepaketen nicht unterhalten, oder wenn die Eingangspostanstalt des neuen Bestimmungslands ein nachgeschicktes Postpaket mit Nachnahme zurückweist, weil mit dem Ursprungsland ein Austausch von Nachnahmepaketen nicht besteht.

Schwankende Gesundheit. Die Sterblichkeit betrug in der Woche vom 2. Februar bis 8. Februar 1908 auf 1000 Einwohner und auf das Jahr berechnet von den Städten mit mindestens 60000 Einwohnern in: Lachen 23,1, Altona 22,1, Augsburg 25,0, Barmen 14,9, Berlin —, Bielefeld 17,7, Bochum 24,2, Bonn 19,6, Borken 23,7, Braunschweig 13,7, Bremen 21,0, Breslau 30,3, Charlottenburg 13,7, Chemnitz 23,0, Danzig 19,3, Darmstadt 12,3, Dessau —, Dortmund 22,0, Dresden 22,0, Deutsch-Wilmersdorf 14,2, Duisburg 13,4, Düsseldorf 22,1, Eberfeld 20,7, Elbing —, Erfurt 17,8, Effen 24,0, Flensburg —, Frankfurt a. M. 13,8, Frankfurt a. O. 27,8, Freiburg i. B. 21,7, Fürth 19,6, Gelsenkirchen 13,0, M.-Gladbach 22,6, Gletwiz 13,1, Grlitz 25,2, Gera —, Hagen 18,1, Halle a. S. 18,2, Hamburg 29,2, Hamburg 16,7, Hannover 23,2, Harburg —, Heidelberg —, Kassel 15,7, Kassel 13,3, Kaiserslautern —, Kiel 14,9, Koblenz —, Köln 20,7, Königsberg i. P. 24,4, Königsbrunn 17,0, Krefeld 20,9, Leipzig 16,2, Lichtenberg —, Lügitz 19,2, Lünen 17,7, Lübeck 17,3, Lübnitz 17,4, Magdeburg 21,1, Mainz 14,8, Mannheim 19,6, Meß 27,9, Mülhausen i. E. 20,8, Mülheim a. d. R. 22,3, München 21,5, Münster 23,8, Nürnberg 20,7, Oberhausen —, Offenbach 12,9, Osnabrück 13,3, Pforzheim 15,3, Plauen i. V. 22,1, Posen 24,7, Potsdam 25,9, Renscheid 18,5, Rixdorf 12,7, Rostock 22,0, Schöneberg 12,7, Solingen —, Spandau 15,7, Steinfurt 18,9, Straßburg i. E. 19,5, Stuttgart 15,8, Ulm —, Wiesbaden 19,1, Worms —, Würzburg 21,3, Zabrze 18,8, Zwickau 15,5.

Erdegeist - Ensemble unter der künstlerischen Leitung von Leopold Jechner, Regisseur am Thalia-Theater in Hamburg. Leopold Jechner, der Regisseur des Thalia-Theaters in Hamburg, von dem der Lyriker Detlef von Lilienroth behauptet, daß er der beste Webedind-Kenner sei, hat die Mission übernommen mit Webedinds prägnantem Werk „Erdegeist“ für den Dichter selbst und somit auch für die jungdramatische Richtung Pionierarbeit zu leisten. Durch ein vorzüglich geschultes Ensemble von Künstlern, die in jahrelanger Tätigkeit ihre moderne Darstellungsweise erproben, wird am Mittwoch, den 26. d. M. im Stadtheater in der Abonnement Webedind zur Interpretation gelangen. Über das Ensemble und dessen Weiter sind Publikum und Presse des Lobes voll.

Stadtheater-Provisorium. Aus dem Theaterbureau schreibt man uns: Sonnabend wird als Klassiker-Vorstellung (jeder Platz 50 Pf.) Schillers „Kabale und Liebe“ neu einstudiert zur Aufführung gelangen. Zur Gedankfeier zum 25jährigen Todestage von Richard Wagner werden als nachträgliche Guldigung „Die Meister-singer von Nürnberg“ in Szene gehen. Die nächste Wiederholung der erfolgreichen Lustspiel-Novität „Panne“ findet Montag statt, während für Dienstag die Operette „Die lustige Witwe“ mit einer gänzlich neuen, prächtigen Ausstattung vorbereitet wird.

Gamsa-Theater. Nur eine Stimme des Lobes hört man über den gegenwärtigen Spielplan. Die famose Soubrette Grete Gallus ist von ihrer Heiserkeit befreit und stürmisch jubelt das Publikum ihr zu. Eine ganz besondere Attraktion ist auch Acosta; seine Jongleurkünste sind unübertroffen und spielend leicht führt er dieselben aus. Großartig sind aber auch die Leistungen Acostas im Handhaben und Aufheben schwerer Gewichte und das Auffangen des 2 Zentner schweren Kanonenrohres wird ihm niemand nachmachen. Da auch die anderen Kräfte vorzüglich arbeiten, kann der Besuch des Gamsa-Theaters nur angelegentlich empfohlen werden, zumal der Spielplan am Sonntag schon sein Ende erreicht.

Travertinsteine. Was haben wir vom Bloch-Tag zu erwarten? Über dieses Thema wird am Sonnabend abends 7 1/2 Uhr Frau Schlomer im Lokale des Herrn Gebert sprechen. Genossen, agitiert für einen regen Versammlungsbetrieb!

Gutlin. Mit Pauken- und Trompetenschall wird in der nächsten Woche in dem im Fürstentum Lübeck belegenen vormaligen Amtshaus eine Zwangsversteigerung bei 289 Grundbesitzern vor sich gehen. Da diese, wie seinerzeit gemeldet, es lieber auf einen Prozess ankommen lassen wollten, als den ihrer Meinung nach selbst für unrecht erhabenen, auf ihren Grundstücken ruhenden Kanonen weiter an die oldenburgische Regierung in Gutlin zu zahlen, haben sie sich tatsächlich Gegenstände im Gesamtwert von circa 63000 Mk. pfänden lassen, die in der nächsten Woche zur Versteigerung kommen. Im Gegenzug zu anderen Zwangsversteigerungen wird es bei dieser voraussichtlich sehr fidel zugehen, da die Geopfandeten, dies natürlich die beschlagnahmten Gegenstände selbst wiedererlösen werden, sich für den Tag einer Musikkapelle engagiert haben, die die Exekution mit lustigen Weisen begleiten und auch vorher wie nachher die Gemüter erheitern soll. Natürlich wird die ganze Geschichte noch einen ganzen Rattenkönig von Prozessen im Gefolge haben. Einerseits wollen die Geopfandeten, die durch Rechtsanwält Dr. Minus-Lübeck vertretenen Regierung wegen der Pfändung verklagen, da sie ihr das Recht bestreiten, statt ihre Forderungen auf dem Prozesse geltend zu machen, zur Pfändung zu schreiten. Andererseits haben sämtliche 289 Grundbesitzer schon im vergangenen Herbst die bevorstehende Zahlungsverweigerung der Regierung offiziell mitgeteilt und gegen sie die Zivilklage auf Rückzahlung der seit den 70er Jahren unberechtigt außer der Grundsteuer erhobenen Abgaben angestrengt.

Entin. Eine Protestversammlung gegen das geplante Reichsvereinsgesetz findet am Sonnabend abends 8 1/2 Uhr im Lokale des Herrn Schröder, „Zum Deutschen Hause“ statt. Redakteur Löwig-Lübeck hat das Referat übernommen. Arbeiter, Genossen, erscheinen zahlreich!

Ahrensgesetz. Gegen das geplante Reichsvereinsgesetz wird am Sonntag nachmittag 3 1/2 Uhr eine öffentliche Volksversammlung, die im Lokale des Herrn Grechke stattfindet, protestieren. Parteisekretär Bartels-Altona referiert. Die Arbeiter haben die Pflicht, vollständig in der Versammlung zu erscheinen.

Altona. Ein interessanter Zivilprozess ist jetzt beim Altonaer Landgericht anhängig gemacht. Bekanntlich ist im vorigen Sommer auf der Rutschbahn in Hagensbeck's Tierpark in Stellingen der 15 Jahre alte Knabe Benz verunglückt. Beim Hinunterrutschen drang ihm ein spitzer Stock in den Leib hinein und führte seinen Tod herbei. Der Vater des verstorbenen Knaben hat jetzt gegen den Inhaber des genannten Parks, Karl Wagenbeck, und den Aufseher Friedrich eine Entschädigungsklage erhoben. Beide hält er für haftpflichtig und den Schaden, der ihm durch den Tod seines Sohnes entstanden ist, bemisst er auf 20000 Mk. Auf den Ausgang des Prozesses darf man gespannt sein.

Kiel. Den Gipfel der Frechheit scheint der Techniker Wenig erklommen zu haben, der seinerzeit in Lachen als vermeintlicher Mörder der Ehefrau Bandholz verhaftet wurde. Wenn Wenig auch für die Verübung des Mordes nicht mehr in Frage kommt, so sind ihm doch mehrere Diebstähle und Logischwindfreaken, sowie ein Sittensverbrechen nachgewiesen, so daß ihm mit Rücksicht auf seine schweren Vorstrafen eine erhebliche Zuchthausstrafe sicher ist. Trotzdem hat er die Unverfrorenheit befallen, gegen die drei hiesigen Tageszeitungen, sowie die Staatsanwaltschaft und die Polizeidirektion Schadenersatzklagen in Höhe von 15000 Mk. bis 30000 Mark anzustrengen. Der Gauner behauptet, daß ihm die zu Unrecht gemachte Beschuldigung des Mordes sein Fortkommen erschwere. Er dürfte mit den Klagen wenig Erfolg haben. Das nachgeschickte Armenrecht ist ihm mit Rücksicht auf die Aussichtslosigkeit der Klage bereits abgelehnt.

Bremen. Die letzte Sitzung der Bürger-schaft brachte die zweite Beratung der Abänderung des § 21 der Verfassung. Bekanntlich war diese Abänderung gestellt, um der Linken einen Einfluß bei der Besetzung der nicht an einen Beruf gebundenen Senatskandidaten einzuräumen. Da die Linke sowohl bei der ersten, wie auch bei der verfassungsgemäß vorgeschriebenen zweiten Beratung in der Mehrheit war, wurde der Antrag auch diesmal angenommen. Selbstverständlich ist damit die Angelegenheit bei weitem nicht erledigt, da nunmehr lange Beratungen in der Deputation folgen, deren Resultat vom Senat abgelehnt werden kann und abgelehnt werden wird. Neben der Erledigung kleinerer Fragen beschloß die Bürgerschaft, die Vorlage über Aufsuchen und Gewinnung von Bitumen und Salzen im bremischen Staatsgebiet an eine Kommission zu verweisen, da man die technischen Einzelheiten nicht im Plenum beraten könne. Die betreffende Gesetzesvorlage, von der die Landwirte natürlich nicht erbaut waren, ist übrigens nach hamburgischem Muster angefertigt. Einen energigen Vorstoß gegenüber der Anbringung von schreienden Reklamen im Städtebilde bedeutet die Annahme eines Gesetzes, wodurch künftig Verunstaltungen und Verunzierungen verhütet werden sollen.

Bremen. Der Präsident der Bremer Bürger-schaft, Theodor Bruner, der gleichzeitig Präsident des Deutschen Vereins zur Rettung Schiffbrüchiger war, ist gestern an den Folgen einer Operation gestorben.

Aus dem Gerichtssaal.

Die „Anschuld“ auf dem Laude beleuchtet folgende Fall: Auf eine Vorladung erschien vor einigen Tagen vor dem Amtsgericht in Wolztn i. B. der vierzehnjährige Deputantensohn Bliesack aus Pöschkin, um seine Unterschrift an dem unehelichen Kinde der gleichfalls erst vierzehnjährigen Anna F. aus Pöschkin gerichtlich anzuerkennen. Auf die entscheidende Frage der Vorsitzenden, ob er sich als Vater bekeme, erwiderte der Knabe im Brustton der Überzeugung mit einem lauten „Ja!“, und nach Erledigung des „Falles“ vertiefte er sich erhobenen Hauptes das Gerichtsgebäude, zündete sich eine Zigarre an und ging von dannen. — Den Eiferern gegen die lüdicke Jugend der Großstadt zur freundlichen Beachtung.

Schutz vor Schulkleuten. Die Strafkammer Frankfurt a. M. verurteilte einen Schulmann wegen widerrechtlicher Festnahme und Mißhandlung zu 6 Monaten Gefängnis. Ein zweiter Schulmann erhielt 200 Mk. Geldstrafe, ein dritter wurde wegen Mangel an Beweisen freigesprochen.

Verantwortlich für die Rubrik Lübeck und Nachbargemeinden und die mit P. L. gezeichneten Artikel Paul Löwig. In den gesamten übrigen Inhalt Johanna E. Schilling. Verleger: Th. Schöwarz, Druck: Friedr. Meyer u. Sämtlich in Lübeck.

Sonnabend Schluss des

Inventur-Ausverkaufes.

Die herabgesetzten Preise haben nur noch heute Gültigkeit.

Im Lichthof auf den Extra-Tischen ausgelegt.

Die letzten Bestände der bisher für Dekoration benutzten:

Strumpfwaren.

- Damen-Strümpfe schwarz reine Wolle Paar jetzt **78** Pfg.
- Damen-Ringelstrümpfe reine Wolle Paar jetzt **98** Pfg.
- Damen-Cachemirstrümpfe reine Wolle Paar jetzt **1¹⁵** Mk.
- Herren-Socken Ia. Landwolle Paar jetzt **38** Pfg.
- Herren-Socken reine Wolle Paar jetzt **78** Pfg.

Taschentücher.

- Linon-Taschentücher gesäumt volle Grösse 1/2 Dtzd. jetzt **55** Pfg.
- Damen-Taschentücher engl. Seidenbatist mit bunter Kante 1/2 Dtzd. jetzt **1²⁰** Mk.
- Reinlein. Taschentücher gesäumt extra fein 1/2 Dtzd. jetzt **2⁴⁵** Mk.
- Monogramm-Taschent. weiss Batist mit Hohlraum 1/2 Dtzd. jetzt **1⁸⁰** Mk.
- Herren-Taschentücher engl. Seidenbatist mit bunter Kante Stück jetzt **40** Pfg.

Kinder-Ringelstrümpfe mit 10% Extra-Rabatt

Wolle plattiert und reine Wolle

auf die herabgesetzten Preise.

Damen-Gürtel

- in Gummi, Seide, Leder und modernem Fantasie-Genre
- | | | | |
|----------------------|----------------------|---------------------------------|---------------------------------|
| Wert bis 1.00 | Wert bis 1.80 | Wert bis 2.50 | Wert bis 5.00 |
| jetzt 68 Pfg. | jetzt 95 Pfg. | jetzt 1⁵⁰ Mk. | jetzt 2⁵⁰ Mk. |

Damen-Gürtel

- hochelegante Ausführung mit gediegenen Schössern, feinsten Genre
- | | | | |
|-------------------------------|---------------------------------|---------------------------------|---------------------------------|
| Wert bis 12 ⁰⁰ Mk. | Serie I | Serie II | Serie III |
| per Stück | jetzt 4⁰⁰ Mk. | jetzt 5⁰⁰ Mk. | jetzt 6⁰⁰ Mk. |

Rudolph Karstadt, Lübeck.

Empfehlen

| | |
|---|----------------------------------|
| fr. jg. zerfetztes Rindfleisch Pfd. 60 Pfg. | Pr. Schweinefleisch Pfd. 60 Pfg. |
| Bratenstücke " 65 " | Karbonade " 70 " |
| Beeftack " 1.00 Mk. | Kochwurst " 70 " |
| Hollfleisch " 80 Pfg. | Krekwurst " 60 " |
| Gulasch " 70 " | gefäz. Schmauz. u. Pfoten " 20 " |
| Kalbfleisch Pfd. 50, Keule 60 | ff. Aufschnitt " 1.00 Mk. |

Jeden Sonnabend von 5 Uhr an

heisse Knackwurst.

H. Schmalfeld & W. Mamerow

Schlachtereie und Wurstmacherei,
Reiferstrasse 26, Ecke Warendorpstrasse.

Prima Fleisch

für wenig Geld kauft man bei

Willy Stapelfeldt,

Hauptgeschäft und Wurstfabrik:
Wickedestrasse 5.

Filiale:
Engelsgrube 66.

| | |
|-----------------------------------|----------------------|
| Ia. junges zerfetztes Rindfleisch | Pfd. 60 Pfg. |
| =" dickes Queenfleisch | Pfd. 65 und 70 |
| =" Bratenstücke | Pfd. 65 und 70 |
| =" Beeftack | Pfd. 100 |
| =" Hollfleisch | Pfd. 80 |
| =" Schafte | Pfd. 70 |
| =" Schweinefleisch | Pfd. 60 und 65 |
| =" Karbonade | Pfd. 70 |
| =" Kalbfleisch | Pfd. von 50 Pfg. an, |

wie sämtl. Wurstwaren zu den billigsten Tagespreisen.

ff. Aufschnitt Pfund 1.— Mk.

Jeden Sonnabend: **Heisse Knackwurst**
empfehit

Hans Werk, Schlachtereie u. Wurstmacherei,
Glockengießerstraße 73. Fernruf 1797.

II. Sorte Meiereibutter Pfd. 1.45 Mk.

Bauernbutter Pfd. 1.35 Mk.

- 9 Eier 60 Pfg. 1 Partie grober u. feiner Mettwurst 1 Mk. Landschweinsköpfe Pfd. 50 Pfg.
- Prima Brech- und Schnittbohnen 2 Pfd. 30 Pf. Gemüse-Erbsen 2 Pfd. 40 Pf.
- Marmeladen. Kronsbeeren. Früchte in Dosen.

Auf alle Waren rote Rabattmarken.

Obere Wahnstr. 10. **Hans Wegener.**

Naturbutter kostet heute Mk. 1.50-1.60

Gebrauchen Sie bei dem hohen Stand des Naturbutterpreises als vollkommenen Ersatz

Van den Bergh's Margarine

Clever Stolz Pfund **90** Pfg.

Vifello Pfund **80** Pfg.

Jede Hausfrau, welche diese beliebten Marken kauft, erspart in ihrem Haushalt eine unnütze Mehrausgabe und erhält ein reines, wohlschmeckendes Ersatzmittel, vorzüglich geeignet

für Küche und Tafel.

Täglich frisch zu haben in allen einschlägigen Geschäften.

Achten Sie darauf, dass Ihnen nur die gesetzlich geschützten Originalmarken

Clever Stolz und Vifello

verabreicht werden.

Vertreter für den Bezirk Lübeck:

Van den Bergh's Margarine-Ges.
m. b. H.

Fabrikniederlage: Lübeck, Braunstrasse 38.

Karl Meist †.

Innerwartet kommt uns, so schreibt der „Vorw.“ die schmerzliche Botschaft. Dieser Sohn des Rheinlandes mit der hochragenden, breiten Gestalt, der sonoren Stimme und dem lachenden köhlichen Humor war wie eine Verkörperung von Lebenskraft und Lebensfreude. Und nun hat den erst Zweihundfünfzigjährigen ein jäher Tod ereilt. Wieder fiel uns einer, der in den ersten Reihen gekämpft hat.

Karl Meist wurde am 12. Dezember 1856 in Deutz bei Köln geboren, ein Proletariatskind. Nach dem Besuch der Volksschule erlernte er die Tischlerei, ging einige Jahre auf die Wanderschaft und kehrte dann nach Deutz zurück. Schon als Jüngling hatte er sich mit den grundlegenden Lehren des Sozialismus vertraut gemacht und sie in seinen Kreisen weiter verbreitet. In der königlichen Artilleriewerkstatt, wo er beschäftigt war, wurde man bald auf ihn aufmerksam. Die Maßregelung wegen sozialdemokratischer „Motive“ war die Folge. Es gelang ihm, bei einem gesinnungsverwandten Feinmeister unterzukommen. So wurde es ihm möglich, die Agitation für die Partei offener zu betreiben. Aber auch der gewerkschaftlichen Agitation widmete er seine wertvolle Kraft in einer Zeit, wo die Bekämpfung dieses Feldes erst spärliche Früchte zeitigte. Schon im Sommer 1882 stand er an der Spitze des neu gegründeten Fachvereins der Tischler und im gleichen Jahre trat er als Referent in einer öffentlichen Tischlerversammlung in Düsseldorf mit durchschlagendem Erfolg für die Gründung eines solchen Kampfvereins auch in dieser Stadt ein. Als zwischen Weihnachten und Neujahr 1883 von dem wenige Tage vor ihm verstorbenen Genossen Klotz der erste deutsche Tischlerkongress nach Mainz einberufen und die erste gewerkschaftliche Zentralorganisation unter dem Sozialistengelei geschaffen wurde, war Karl Meist als Vertreter des Kölner Vereins mit dabei. In der ersten Zeit nahm er an allen Generalversammlungen der von ihm mit begründeten Organisation teil; zu ihren Mitgliedern hat er, obgleich er den Tischlerberuf seit nunmehr 23 Jahren aufgegeben hat, bis zu seinem Tode gehört. Auch um die Gründung der Tischlerkrankenkasse hat sich Meist große Verdienste erworben.

Die Reichstagswahlkampagne 1884 sah Meist schon in den ersten Reihen. Er war am Niederrhein eifrig tätig. In einer großen Versammlung im Gürzenich zu Köln, in welcher der verstorbene Genosse Kaiser sprach, nahm er nach diesem das Wort zu einer feurigen Anrede, wodurch er seinen Ruf als Redner mit einem Schlag begründete. Im folgenden Jahre gab er seinen Beruf als Schreiner auf, nachdem er zuvor noch eine Agitationsreise für den Holzarbeiterverband gemacht hatte. Er wurde Zigarrenhändler, um größere Freiheit bei seiner Arbeit für die Arbeiterbewegung zu haben. Im Jahre 1893 wurde er vom Kreis Remscheid-Lennep-Mettmann in den Reichstag gewählt; seine Wahl jedoch 1895 für ungültig erklärt. Durch die Schuld der Verwaltungsbehörde war der Wahlkreis falsch abgegrenzt worden. 1903 wurde Meist wiedergewählt. Bei den Wahlen des Januar 1907 aber unterlag er. Der „nationale“ Block nahm ihm mit geringer Mehrheit das Mandat ab, das der freimüthige Regierungskandidat Eichhoff erhielt. Bekanntlich hat dieser Doppeltgewählte das Mandat für Lennep-Mettmann angenommen, obgleich er damit seinen Wählern in Mühlhausen-Langental das gegebene Wort brach. Die Furcht, daß in Lennep-Mettmann in der Nachwahl die Sozialdemokratie wieder siegen würde, war in Herrn Eich-

hoff größer als die Rücksicht auf das gegebene Versprechen. So war es Karl Meist verwehrt, noch einmal um das Mandat zu kämpfen.

Verfolgungen aller Art sind unserem verstorbenen Freunde nicht erspart geblieben. So war er in dem großen Elberfelder Sozialistenprozess, der sechs Wochen lang vor der Strafkammer der Wupperstadt verhandelt wurde, mit angeklagt. Er hatte aber das Glück, mit zu den Freigesprochenen zu zählen.

Einer der Alten, der in der Sturmzeit des Sozialistengeheißes Gestählten ist in Karl Meist dahingegangen. Ein braver Kämpfer und liebenswürdiger Mensch, der mit tiefem Ernst echt rheinischen Humor verband, der sich über fehlgeleitete Hoffnungen nicht lange grämte, der sich aber mit unerschütterlicher Tatkraft von neuem ans Werk ging, von unerschütterlicher Zuversicht an den endlichen Sieg des Sozialismus erfüllt. Diese feste Gewissheit hatte er sich erkämpft in langen Nächten, die der junge Tischlergeselle dem Studium ernstster wissenschaftlicher Arbeit geopfert hatte.

Ehre seinem Andenken!

Soziales und Parteileben.

Der Kampf gegen den Arbeiterturnerbund. Das Kultusministerium ist eifrig bemüht, den Vernichtungskampf gegen den Arbeiterturnerbund weiter zu führen. Da die Gesetze keine Handhabe boten, um den „roten“ Gesellen den Garau zu machen, so köbete man in alten Verordnungen herum, und siehe da: auf den alten vergilbten Blättern fand sich einiges, was dem „guten Zweck“ dienen konnte. Die Mittel waren zwar nicht so gut wie der Zweck, aber was tut's? Die Regel, die ihn schlägt, das ist die Weisheit. — Die Schülerabteilungen wurden auf diese Weise zunächst mit Verfügungen bedacht, die sich auf eine Verordnung aus dem Jahre 1817 stützten. Aber das genügte nicht, da sich die Turner auf andere Weise zu helfen wußten. Nun mußte eine Verordnung von 1808 herangezogen werden, die mit Hilfe einer anderen aus dem Jahre 1839 doch gewiss zutragen mußte. Aber wieder war es nichts: Wenn man dem einen Turnwart die Leitung einer Jugendabteilung verbot, so trat wieder ein anderer an seine Stelle. Wie konnte nun noch der preussische Staat gerettet werden? Diese Frage hat eine bürgerliche Organisation, die „Deutsche Turnerschaft“ zu lösen gesucht, indem sie der Regierung mit folgendem Schriftstück zu Hilfe kommt.

An die Königlich Preussische Eisenbahndirektion!

Leipzig und Stettin, am 12. Januar 1908.

Nachdem der Königl. Preussische Eisenbahnminister den Königl. Eisenbahndirektionen gegenüber für sehr erwünscht erklärt hat, daß im Interesse der gesunden geistigen und körperlichen Entwicklung der Nation den in den Eisenbahnwerkstätten beschäftigten Lehrlingen, besonders in den großen Städten, Gelegenheit gegeben wird, sich an turnerischen und sportlichen Übungen, die unter zuverlässiger Leitung stehen, zu beteiligen, erlauben wir uns, der Königl. Eisenbahndirektion unsere in 8000 Vereinen streng auf dem Boden der Liebe zum Vaterlande und der Entwicklung des deutschen Volkstums arbeitende Deutsche Turnerschaft als diejenige zu bezeichnen, in der die Jugend eine gesunde deutsche Erziehung erhält und vor den Bestrebungen vermahrt wird, die sich gegenwärtig auf dem Gebiete der Leibesübungen als „freie“ Turnerschaften mit sozialdemokratischen Parteibestrebungen geltend machen. Wir bitten die in den Eisenbahnwerkstätten arbeitenden jungen Leute stets auf unsere vaterländische Deutsche Turnerschaft hinzuweisen.

Hochachtungsvoll und ergebenst

Der Aufsicht der Deutschen Turnerschaft.
Dr. med. Ferd. Goek, Vorsitzender.
Stadtschulrat Prof. Dr. Rühl, Geschäftsführer.

Die „Arbeiter-Turnzeitung“, das Organ des Arbeiter-Turnerbundes erhebt hiergegen energischen Protest und appelliert an die preussische Bevölkerung, sich ihr Erziehungsrecht nicht nehmen zu lassen und einig und geschlossen vorzugehen, um diesen neuen Schlag der Reaktion abzuwehren. Dieser Appell verdient um so mehr Beachtung, als auch Industrie bereits in ihren Lehrverträgen das Verbot für die Lehrlinge aufnehmen, Mitglieder des Arbeiter-Turnerbundes zu werden. — Für jeden klassenbewußten Arbeiter kann es nur die eine Parole geben:

„Heraus aus der Deutschen Turnerschaft!“

Gewerbliche oder landwirtschaftliche Arbeiter? Um die Großgrundbesitzer, die gewöhnlich in ihrem Nebenbetriebe der Landwirtschaft eine Reihe von gewerblichen Arbeitern beschäftigen, vor Zuschlägen zur Beitragszahlung zu schützen, „übersehen“ oft die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften, daß gewerbliche Facharbeiter laut Gesetz Anspruch auf eine höhere Unfallrente haben. Die Junker wollen aber nicht allein die Beiträge sparen, sie wollen auch nicht haben, daß ein Teil ihres „Gesinde“ in „gebobene Lebensstellung“ gebracht wird. Deshalb gewähren die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften, die ja gewöhnlich von den Junkern wieder verwaltet werden, den gewerblichen Facharbeitern die Unfallrente nur nach dem so erbärmlich niedrigen Jahresverdienste der Landwirtschaft und fortwährenden wirtschaftlichen Arbeiter, der für diese von der Behörde generell für bestimmte Bezirke festgesetzt ist. Man „übersieht“ deshalb die Bestimmungen des Gesetzes, die leider den meisten Arbeitern unbekannt sind.

§ 1 Absatz 6 des Unfallversicherungsgesetzes für Landwirtschaft lautet:

„Wer im Sinne dieses Gesetzes als Betriebsbeamter oder als eine solche Person anzusehen ist, welche zum Unterschied von den gewöhnlichen land- und forstwirtschaftlichen Arbeitern eine technische Fertigkeiten erfordernde besondere Stellung einnimmt (z. B. Förster, Gärtner, gewerbliche Facharbeiter, wie Brenner, Maschinenführer, Heizer, Müller, Ziegler, Stellmacher, Schmiede u. a.) wird durch statutarische Bestimmungen der Berufsgenossenschaft (§ 33) für ihren Bezirk festgelegt.“

Bis zum Erlaß entsprechender statutarischer Bestimmungen bleiben diese Personen den sonstigen Arbeitern gleichgestellt.“

Wenn auch das Statut der Berufsgenossenschaft diese Bestimmung aufgenommen hat, so wird die Berufsgenossenschaft in der „Praxis“ den Verletzten doch den niedrigen Jahresverdienst der landwirtschaftlichen Arbeiter anrechnen. Wie sehr diese dann geschädigt sind, ergibt sich schon aus dem Umstande, daß der ortsübliche Tagelohn landwirtschaftlicher Arbeiter in vielen Gegenden Preußens, Bayerns usw. nur 300 bis 400 Mark pro Jahr beträgt, während der gewerbliche Facharbeiter im Unfall sein eigenes Jahresverdienst angerechnet erhalten sollte.

Die schwere Schädigung der Verletzten ergibt sich daher sehr leicht. Verdiente der Gärtner z. B. 110 Mk. pro Jahr, so müßte seine Vollrente nach den Bestimmungen des Gesetzes 740 Mk. pro Jahr betragen. „Übersieht“ nun die schlaue Berufsgenossenschaft diesen Umstand, so erhält er nur eine Rente aus 480 Mark, den ortsüblichen Tagelohn landwirtschaftlicher Arbeiter mit 320 Mark pro Jahr!

Ja selbst bei rein gewerblichen Betrieben will die Berufsgenossenschaft diesen Grundsatz nicht anerkennen. Bekanntlich sind die Gärtnerreien der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft zugeteilt. Ein Kunstgärtner, der mehr als 1100 Mk. pro Jahr verdiente, sollte als Unfallverletzter nur eine Rente aus dem halb so hohen Jahresarbeitsverdienst landwirtschaftlicher Arbeiter erhalten. Vergeblich war sein Bemühen, der Berufsgenossenschaft begreiflich zu machen, daß er Kunstgärtner sei, deshalb auch als Facharbeiter Anspruch auf seinen eigenen Jahresverdienst habe. Das Schicksal ergab seiner Berufung mit folgender Begründung statt:

„Kläger ist, wie seine Arbeitgeberin, die Firma S., berichtet hat, tatsächlich als Kunstgärtner anzusehen,

König Jakobs letzte Tage.

Ein historischer Roman von Theodor Mügge.

(20. Fortsetzung.)
Als der Prinz vorüber war, blieb sein Gefolge wenig beachtet, wie reich und prächtig es auch ausah. Alle die vielen Generale und Lords erregten geringe Neugier. Als Churchill kam, lief ein Gemurmel durch das Volk; der alte Graf Clarendon, der nun auch davon gelaufen war und den Weg seines verdamnten Sohnes gefunden hatte, wurde mit Dohnaerlächer verfolgt.

Guier erregte aber doch die Aufmerksamkeit und Bewunderung der Menge. Es war der alte Marschall Schomberg, der erste General Europas, seit Turenne und Condé tot waren. Mehr als siebenzigjährig, sah er auf seinem schwarzen Sattel wie ein jugendlicher Reiter. Sein silberweißes Haar fiel unter dem schweren Helm hervor auf den bligenden Panzer, und sein kriegerisches rotes Gesicht schaute kühn und stolz mit lebhaften Augen auf die Soldaten, die ihn wie einen Vater liebten und Vater nannten.

Das Volk rief ihm Vivats zu, weil er es vorgezogen hatte, lieber aus Frankreich zu wandern, als seinen Glauben abzuschwören, aber der alte Reitergeneral achtete nicht viel darauf. Er gehörte zu denen, die der Krieg geboren hat, und welche auf Schlachtfeldern enden. Raub und gewalttätig wie seine Zeit, Disziplin und Gehorsam als die einzigen Befehle erkennend, die es gibt auf Erden; ein Werkzeug, zu allem brauchbar, in der Hand des Fürsten, dem er Treue gelobt, und alles Recht nach dem abmessend, was ihm befohlen ward.

In der Halle eines ländlichen Edelhauses, Littlecote genannt, empfing der Prinz von Oranien die Abgeordneten seines Schwiegervaters, nachdem er zwei Tage überlegt hatte, was seine Antwort sein sollte. — Es war ein düsterer hoher Raum. An den Steinwänden und Wänden hingen alte Panzer und Schilde aus den Kriegen der Rosen und zwischen ihnen die zermürdeten Bilder der Ritter und Damen, welche einst bei den Festen der Heinrichs und Richardes glänzt hatten.

Mitten unter diesen Denkmälern der Vergänglichkeit stand der Prinz im Richte der buntemalten Bogenfenster. Auf sein blaues Gesicht fiel der rötliche Schimmer eines Sonnenstrahls, der sich siegreich Bahn gebrochen hatte. Sein

feuriges Auge leuchtete über den weiten Kreis der Lords, die ihn umgaben, und deren seltsames Gemisch das Zucken seiner Lippen hervorriefen mochte, als steige die Verachtung der Menschen, die er tief in sich trug, bis in sein Gesicht, als er Clarendon neben Churchill erblickte. Hochbornische Grafen und Herren standen hier neben Whigs, jeder Tag brachte eine neue Schaar, als sei es ein Wettlaufen, um des Siegers Gunst zu gewinnen.

„Meine Herren“, sprach der Prinz nach einer Pause mit der klaren, festen Stimme, der man es anhörete, daß, was er sagte, unabänderlich feststehe, „mein Wille, den ich vor Ihnen auszusprechen habe, ist der: Mit dem Könige Jakob werde ich keine der Fragen behandeln, welche das Recht und das Wohl dieses Landes betreffen. Ich bin gekommen herzustellen, was vergessen worden ist, das ist meine Aufgabe, nicht mehr, nicht weniger. Das freie Parlament hat allein darüber zu entscheiden, ihm gebührt die Richterstimme, und zu seinem Schutze bin ich bereit. Ich weise Se. Majestät daher an die zu berufende Parlament, mit welchem er sich zu verständigen hat.“

„Hohheit“, erwiderte Lord Halifax, „ein freies Parlament ist unmöglich, wenn es von Soldaten und streitenden Armeen umringt ist.“

„Dafür“, entgegnete Wilhelm von Oranien, „bürgt uns ein Waffenstillstand. Mein Heer soll zehn Meilen westlich von London entfernt bleiben, ziehe der König dafür auch seine Truppen zehn Meilen östlich von der Hauptstadt zurück. Aber die irischen Regimenter müssen fort, und der Lomer wie Tilbury-Fort den Bürgern der City übergeben werden.“

Ein leises Murmeln, das immer heftiger und lauter wurde, durchlief die Halle. Der größte Teil der englischen Herren, die den Halbkreis bildeten, waren Whigs, Männer der Volkspartei, die bittersten Feinde und Gegner des Königs. Sie wollten ihren Ohren nicht trauen, als sie Bedingungen ausprechen hörten, die ihrem Haffe und ihrer Furcht durchaus nicht genügten. — Unterhandeln mit dem treubruchigen Könige, ihm eine Veröhnung gestatten, welche ihn auf dem Throne erhielt, hieß seiner Rache früh oder spät sich überliefern. Sie wollten keine Veröhnung mit Jakob, sie hatten es tausendmal gerufen, daß seine Stunde abgelaufen sei, und Wilhelm von Oranien wußte genau, was er wonach sie strebten. Er freilich hatte nie gefagt, was er dachte und wollte. Sein Ehrgeiz lag unter der eisernen

Ruhe seines Gesichts. Sein einziger Vertrauter war Bentinck, der jetzt hinter ihm stand und mit bedeutendem Nicken die entzerrten und zornigen Mienen der Geträuschten betrachtete. Der Prinz warf einen stolzen kalten Blick auf die Versammlung, dann sprach er zu den verwunderten Kommissarien: „Das sind meine Bedingungen. Ich bin fern davon, mich in die inneren Angelegenheiten dieses Landes einzumischen zu wollen. Ich bin allein hierher gekommen, weil Lords und Bischöfe mich gerufen haben, alle Entscheidung aber, ich sage es noch einmal, gebührt dem Parlament. Was dies beschließt, möge geschehen; welche Vereinbarung es mit Se. Majestät dem Könige Jakob treffen möge, es soll von mir nirgend beeinträchtigt werden. Ich sehne mich nach nichts so sehr, wie nach Herstellung des Rechts, der Ordnung und des Friedens. Kehren Sie zurück, Mylords, zu Ihrem Herrn. Alles, was ich sagte, will ich unverbrüchlich halten; ich habe nichts weiter hinzuzusetzen, nichts abzunehmen; hoch erfreut aber werde ich sein, wenn der König mit seinem Volke sich veröhnt und diese Bedingungen annimmt, die ich ihm in aufrichtiger Erkenntnis der Dinge biete.“

Lord Halifax verbogte sich und wollte eine Erwiderung versuchen, aber der Prinz schnitt dies ab, indem er ihm die Hand reichte und lebhaft sagte: „Sie sind mein Gast in diesem Hause, Mylord, was ich zu geben habe, wird gegeben. — Die Ausfertigung der Waffenstillstandsbedingungen soll in zwei Stunden bereit sein, und nun lassen Sie uns zu Tische gehen. Ich sehe es den Herren an, daß ihr Appetit gereizt ist, wir werden ihn zu befriedigen suchen, und vielleicht werden selbst die Hungerigsten satt.“

Mit diesen Worten führte der Prinz den Kommissarius in den Speisesaal, aber es war ein schweigendes, trübes Essen. Ein Teil der Bläse blieb leer, manche der wichtigsten Herren, den reichen Mordamt an ihrer Spitze, hatten in Unmut das Schloß verlassen und waren zu ihren Soldaten zurückgekehrt; andere sahen, aufmerksam laufend, auf ihren Bläsen und beobachteten misstrauisch das Gespräch des Prinzen mit den Kommissarien, das ihrem Argwohn jedoch wenig Nahrung bot. Denn nicht ein Wort wurde über Kriegs- und Friedensfragen verhandelt, mit keiner Silbe die Politik berührt. Der Prinz sprach von Familienereignissen, von Holland und von der Jagd, von der Schnelle seiner Pferde und seinen Meterhöfen bei Carlem, wo die Kühe die meiste Milch geben!

da er die hierzu nötigen Kenntnisse und die erforderlichen Erfahrungen besitzt. Er hat schon Jahrzehnte lang als Kunstmaler bei der Firma S. und in anderen Betrieben gearbeitet und insbesondere auch wiederholt neue Gartenanlagen größeren Stils ausgeführt, wie aus den mehrfachen, von ihm vorgelegten Zeugnissen hervorgeht. Kläger ist mithin im Sinne des § 1, 6 des land- und forstwirtschaftlichen Unfallversicherungsgesetzes vom 30. Juni 1900 und des § 40 des Statuts der Berufsgenossenschaft vom 4. Dezember 1901 zu solchen Personen zu rechnen, die zum Unterschiede von den gewöhnlichen Arbeitern — land- und forstwirtschaftlichen Arbeitern — eine Stellung einnehmen, welche eine besondere technische Fertigkeit erfordert. Der Berechnung der Rente mußte hiernach gemäß § 9 a. a. O. derjenige Jahresarbeitsverdienst zugrunde gelegt werden, welchen der Verletzte in dem Betriebe, in welchem der Unfall sich ereignete, während des letzten Jahres bezogen hat. Dieser Verdienst stellt sich nach der von der Firma S. eingereichten und vom Kläger als zureichend bezeichneten Lohnnachweisung auf 1188,80 Mk. jährlich.

Wer hat recht? Eine interessante Preisfrage gibt die letzte Nummer des Scherlischen „Tag“ auf. Auf der letzten Seite befindet sich nämlich eine sozialpolitische Rundschau, die zwei Artikel enthält: Sozialer Rückblick im Januar von G. v. W. i. l. e. b. e. n. und: Ein neues Sonntagsruhegesetz von G. J. u. l. K. n. e. i. l. über den Sonntagsruhegesetzentwurf heißt es nun:

Spalte 2, unten:

Der unlängst veröffentlichte Entwurf des Reichsfanzlers über die Abänderung der die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe betreffenden Bestimmungen der Gewerbeordnung legt ein erneutes Zeugnis davon ab, mit welchem Verständnis Staat und Arbeitgebertum auf das Wohl der werktätigen Bevölkerung bedacht sind.

Herr v. W. i. l. e. b. e. n. hat einen recht unangenehmen Kommentator gefunden.

Die Wahlrechtsdemonstrationen in Solingen. Am Sonntag nachmittag hatten unsere Solinger Genossen eine öffentliche Versammlung abgehalten, um gegen den Reichsvereinsgesetzentwurf Stellung zu nehmen. Nach Beendigung der Versammlung zogen, wie schon kurz berichtet, die Teilnehmer in Stärke von etwa 1500 Personen friedlich und ohne böse Absicht durch die Hauptstraße dem Gewerkschaftshaus zu. Als die Menschenmasse in der Nähe des Rathhauses angekommen war, so schreibt unser Solinger Brudersblatt, entwickelte die Polizei eine fieberhafte Tätigkeit. Mehr als ein Duzend Polizeibeamte stürzten sich aus der Polizeiwachtube, die teils ihre bereitgehaltenen Pferde, die nachmittags bei einigen Sauderern zusammengedrückt worden waren, beizogen, teils sich zu Fuß unter die Menge mischten, um die Ordnung zu schützen. Im selben Augenblick bemühten sich aber auch der Masse begreifliche Erregung und es fielen begeisterte Hochrufe auf das allgemeine Wahlrecht. Die berittenen Polizeimannschaften ritten rücksichtslos in die Menge hinein und gingen sogar dazu über, die Bürgersteige für sich in Anspruch zu nehmen. Der Polizeikommissar ergiff einen ruhig die Straße passierenden Mann auf und ließ ihn aus dem Polizeibureau schleppen. Ein recht kriegerisches Bild entwickelte sich bereits am Gewerkschaftshaus. Nicht weniger wie 16 Polizisten zu Pferde und zu Fuß waren an der Arbeit, die selbstverständlich von keinem Menschen gestört werden durfte aufrechtzuerhalten. Es fehlte nur noch, daß die berittenen Beamten in die Restaurationsträume hinstreiten. Niemand durfte auf den Trottoirs stehen bleiben, rücksichtslos wurde in die Menge hineingeritten, ganz gleich, ob es sich um Frauen und Kinder handelte. Ein beispiellosier Willkürakt war die polizeiliche Absperrung des Gewerkschaftshauses. In dem Lokal waren bei der Absperrung desselben höchstens 150 Personen anwesend. Die oberen Räume waren, mit Ausnahme eines einzigen Vereinszimmers, überhaupt unbesetzt. Daß sich die Verwaltung des Gewerkschaftshauses diese polizeiliche Maßnahme nicht ohne weiteres gefallen ließ, ist selbstverständlich. Drei Genossen wurden bei dem Polizeikommissar vorzeitig und erjuchten um Angabe von Gründen, weshalb das Gewerkschaftshaus der polizeilichen Absperrung verfallen war. Die Kommission betonte,

Spalte 3, unten:

Die Handlungsgehilfenverbände streben ja schon seit langen Jahren eine Besserung an; sie können aber auch dem neuen Entwurf nicht zustimmen, da er immer noch eine Sonntagsarbeit bis zu 3 Stunden zuläßt. Wie die Aussprache in der Berliner Handelskammer gezeigt hat, scheinen viele Geschäftsinhaber nicht geneigt zu sein, etwas von ihren bisherigen Rechten herzugeben oder sie gar ganz fallen zu lassen.

daß von einer Überfüllung keine Rede sein könne, da ja die oberen Räume völlig leer ständen und die unteren nur schwach besetzt seien; alle drei Herren boten dem Inspektor an, sich selbst von der Befugung des Gewerkschaftshauses zu überzeugen, was dieser aber schroff mit den Worten ablehnte: „Was geht mich das an, wie viel Leute Sie im Lokal haben, und wenn Sie gar niemand drin haben, so bleibt es eben abgesperrt. Ich habe mich über das Pack schon genug geärgert und handle im Austrage des Oberbürgermeisters, wollen Sie mich vielleicht in Ausübung meines Dienstes hindern?“ Die Genossen sahen ein, daß mit dem Herrn nicht weiter zu verhandeln war und zogen es vor, sich zurückzuziehen, als ihnen Unterstützung bei „Rater Schwarz“ (so wird in Solingen das Polizeigefängnis bezeichnet) in Aussicht gestellt wurde. Die erste Folge der Schließung des Hauses der Solinger Arbeiter ist inzwischen wieder aufgeheben worden, was die Verwaltung des Hauses in origineller Weise durch ein Inserat folgenden Inhalts anzeigt:

Auf zum Gewerkschaftshaus!
Die gestrige ungerechtfertigte Schließung des Gewerkschaftshauses durch unseren

liebervollen Polizeikommissar ist glücklich überwunden.

Wir laden daher alle Freunde und Genossen, welche durch die weise polizeiliche Fürsorge verhindert wurden, bei uns einzufahren, zu einem frischen und fröhlichen Demonstrations-trunk herzlich ein.

Man sieht, die Solinger Genossen haben trotz der polizeilichen Willkür den Humor noch nicht verloren. Und wer die Besonnenheit der Genossen in der bergischen Stahlwarenmetropole kennt, wußte von vornherein, daß die aufregenden Vorgänge am Sonntag einzla und allein Folgen des blindwütigen Vorgehens der Solinger Polizei sind.

Ein neues Parteiblatt. Die Genossen im Wahlkreis Bayreuth-Berneck-Bunsiedel tragen sich schon seit Jahren mit dem Gedanken, für den Wahlkreis ein eigenes Organ zu gründen. Nunmehr hat sich eine Sitzung der in Betracht kommenden Parteioptionen im Kreis mit einer solchen Gründung einverstanden erklärt. Näheres wird später erfolgen. Bisher wurde im Kreis die „Fränkische Volkstribüne“, das Organ für die Kreise Ober- und Unterfranken, ein Kopfblatt der „Fränkischen Tagespost“ geleitet.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“.

Berlin, den 20. Februar 1908.

106. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Kraetke, Dr. Nieberding. Nachdem bei der zweiten Lesung des Telefunken-gesetzes

Kraetke (S.) beäuert hat, daß die Kommission der sozialdemokratischen Anrechnung auf Regelung der Gebühren im Rahmen des Gesetzes keine Folge gegeben habe, und das Gesetz sodann angenommen worden ist, wird in der zweiten Lesung des Justizrats fortzuführen, zu welchem inzwischen eine neue Resolution (Abf.) eingegangen ist, welche das Recht der Zeugnisverweigerung für Reichs- und Landtagsabgeordnete verlangt und gerichtliche und sonstige Untersuchungen in Parlamentsgebäuden nur mit Zustimmung der betreffenden Körperschaft resp. ihres Präsidenten zulassen will.

Koth (WBg.) stimmt der Regelung der Tarifgemeinschaften und den Diäten für Schöffen und Geschworene zu, wiewohl aber Sondergerichte für Landarbeiter, besondere Jugendgerichte und das Recht der Zeugnisverweigerung für Parlamentarier und Journalisten. Außerdem beäuert er, daß die Reform der Strafprozessordnung nicht vom Fleck will. (Bravo! b. d. WBg.)

Staatssekretär Dr. Nieberding: Der Entwurf der neuen Strafprozessordnung wird hoffentlich bald dem Bundesrat zugehen. Bei dieser Gelegenheit wird auch die Frage der Diäten für Schöffen und Geschworene geregelt werden.

Dove (FVg.): Die Zivilprozessordnung muß gründlich reformiert werden. Wir wünschen keine neuen Sondergerichte, aber härtere, doch nicht zu weit gehende Heranziehung der Laien zur Rechtsprechung. Ich freue mich, daß auch Herr Stadthagen nicht den Vorwurf bewußter Rechtsbeugung gegen Gerichte erhoben hat. Dann hätte er aber auch nicht zu sehr Einzelfälle verallgemeinern dürfen, zumal die Berichterstattung in den Zeitungen vielfach tendenziös ist. (Zust. b. d. Freif.) Redner erzählt ausführ-

lich, wieviel Schwierigkeit es gemacht hat, daß ein irrtümlich auf einen Mädchenamen eingetragener Junge endlich zu einem Knabenamen gelangt ist. (Gr. Stt.) Es ist nicht nötig, die Einführung der Diäten für Schöffen und Geschworene aufzuschieben. Der überwiegende Teil meiner Freunde lehnt die Resolution Liebert auf fakultative Einführung der Deportation ab, während wir der Resolution Bassermann betreffend Jugendgerichte und der Resolution Brunnemann betr. Erhöhung der Gebühren für Zeugen und Sachverständige zustimmen. (Beif. b. d. Freif.) Bruhn (A.) feiert den „schneidigen“ Oberstaatsanwalt Jhenbiel und ruft nach strenger Bestrafung des sozialdemokratischen Boykotts.

Scyda (Vole): Das Reichsjustizamt dürfte es nicht ablehnen, auf die vom Abg. Stadthagen erwählte Verfassung des preussischen Ministers des Innern über die ausländischen Arbeiter einzugehen. (Sehr wahr! b. d. Polen und Soz.) Das Reichsjustizamt sollte der Hüter der Reichsverfassung sein. — Aber die Art und Weise, wie die preussische Regierung die Reichsgesetze achtet, ist die Entgegnungsvorlage ein klassisches Beispiel. (Sehr wahr! b. d. Polen, im Zentrum und links.) — Redner merkt sich, durch ungenügend laute Privatgespräche der Rechten vielfach gestört, scharf gegen die Einführung der Prügelstrafe und weist nach, daß die Überfüllung der Schulen des Ostens und die Sprachverschiedenheit zwischen Lehrern und Schülern nicht ohne Einfluß auf die beklagte Kriminalität der Jugendlichen sei. (Sehr wahr! b. d. Polen u. Soz.) Wir stimmen allen eingebrachten Resolutionen bei, mit Ausnahme jener, die den Namen v. Liebert trägt. Der Name sagt schon genug. (Sehr wahr! b. Pol. u. Soz.) Von Herrn Liebert stammt das Wort: Macht geht vor Recht. (Hört, hört! b. d. Polen und links.) Wir sind entschiedene Gegner der Deportation. — Hier ist viel von Klassenjustiz die Rede gewesen. Wir sind mit Herrn Stadthagen der Meinung, daß keine bewußte Rechtsbeugung vorliegt, aber die objektive Unfähigkeit, fremde Gedankengänge zu begreifen. Im Osten wird die Klassenjustiz zur Massenjustiz. (Sehr wahr! b. d. Polen.) Seit langer Zeit stellt man in den Provinzen polnischer Zunge keine Polen mehr als Richter an; dafür überschweimt man den Richterstand mit Patristen. Dann darf man sich nicht wundern, daß ein Gericht ein amtliches Schriftstück adressiert: An den großpolnischen Agitator. (Lauter Hört, hört! i. Zentrum u. links.) Und daß ein Richter in Mogilno zur Ausstoßung des polnischen Erbfeindes auffordert. (Hört, hört! b. d. Polen u. d. Soz.) Die preussische Regierung rüft der Vorwurf, die Politik in den Gerichten herinzugetragen zu haben. Selbst die Vormundschaftsrichter gebrauchen ihr Amt zu politischen Zwecken. Einer Mutter wurde das Erziehungsrecht genommen, weil ihr Mann polnischer Agitator gewesen sei. (Lebh. hört, hört! b. d. Polen u. d. Soz.) Es ist schlecht bestellt in einem Staate, wo die Justiz sich zur Politik erniedrigt. (Lebh. Bravo! b. d. Polen.)

Staatssekretär Dr. Nieberding: In preussischen Angelegenheiten ist das Reich nicht zuständig. (Bravo! rechts.)

Dr. Warenhorst (Kp.) freut sich über die Erklärung des Staatssekretärs, verlangt Strafverschärfung gegen Nozucht und bestreitet ganz entschieden, ein Richter zu sein. Er sei vielmehr ein Gemütskrank. (Große Heiterkeit.)

Staatssekretär Dr. Nieberding bezeichnet eine Reform der Gebührenordnung für Zeugen und Sachverständige als notwendig.

Bassermann (M.) begründet eingehend eine Resolution über Strafverfahren und Strafvolkzug gegen jugendliche Personen. Durch die Auflösung der Familie infolge des Sinecurismus der Frau in das Erwerbsleben ist die Kriminalität der Jugend bedenklich gestiegen. Es würde sich empfehlen, die Materie durch ein besonderes Gesetz zu regeln.

Staatssekretär Dr. Nieberding ist auf Grund sorgfältiger Ermäßigung zu dem Resultat gelangt, daß die Regelung der von Vorredner besprochenen Materie sich am besten im Rahmen der allgemeinen Strafprozessreform bewerkstelligen lasse.

Herr v. Malhan (K.) bringt den Fall der Fürstin Wrede zur Sprache und tadelt, daß die Fürstin nur in einem Privatbathhaus, nicht in einer öffentlichen Anstalt auf ihren Geisteszustand untersucht worden sei. Freilich ist die Fürstin bei Begehung der Diebstähle geistig krank gewesen; das verschweigen die Agitatoren, die im Laube mit dem Fall herumhaufieren. Von der Art dieser Agitation hat uns ja gestern der aus dem Anwaltsstand ausgeschlossene Herr Stadthagen (Bravo! rechts, Anruhe b. d. Sozialdemokr.) eine Probe gegeben. Die Fürstin Wrede war gewiß nicht zurechnungsunfähig; sonst aber dehnt man den Begriff der Inzurechnungsunfähigkeit in einer das Rechtsbewußtsein des Volkes verletzenden Weise aus. Ich erinnere an den Alkenheimer Fall. —

Endlich stand er auf und verabschiedete die Gesandten mit höflicher Kälte. „Hier kommt Doktor Burnet“, sagte er, „um Ihnen die Ausfertigung zu überreichen. Leben Sie wohl, Mylord Halifax. Gott erhalte Sie und lasse Sie Ihr Werk vollbringen. Ich hoffe, England soll damit zufrieden sein.“

Er entfernte sich, und Burnet begleitete alsdann den Lord durch den Garten, wo sein Wagen am Außentor wartete.

„Mylord“, sagte er, „Sie haben mehr erreicht, als Sie veranlassen durften, und dennoch sehe ich Ihre Augen trübe und Ihr Gesicht so sorgenschwer, als wären Sie überzeugt, eine Thronensitzungsstunde mit nach Haus zu nehmen.“

Lord Halifax ging schweigend weiter; plötzlich aber wandte er sich zu Burnet um, sagte ihm scharf ins Auge und fragte lächelnd: „Was wollen Sie eigentlich? Wünscht Sie den König in Eure Gewalt zu bekommen?“

„Durchaus nicht!“ rief der Doktor, „wir würden seiner Person nicht das geringste Leid zufügen.“

„Und wenn er fortginge? Wenn er entflöhe?“ fuhr der Staatsmann fort.

„Es gibt nichts, was wir lieber sehen könnten“, sagte Burnet lachend. — „Das Parlament blieb dann allein übrig; verzeiht Ihr, Mylord Halifax, das Parlament; das zu entscheiden hätte, ob der Thron erledigt sei.“

„Ich verzeihe“, sprach der Lord. — „Die Whigs wünschen diese Klugheit und kluge Diplomaten, die den König genau kennen, glauben sich nicht zu täuschen, daß, wenn sie ihm das Parlament hinweghalten als seinen ebenbürtigen Gegner, sein Stolz und sein Eigensinn nimmermehr darin willigen werden, sich zu demütigen.“

„Mylord“, verzeigte Burnet, „glaubt was Sie wollen, aber Sie haben selbst gesehen, wie die milden Bedingungen des Prinzen von der mächtigen Partei der Whigs aufgenommen wurden.“

„Milde Bedingungen!“ rief Halifax, „ja, es sind milde Bedingungen, obwohl man vielleicht nichts darin sieht, als das Parlament, das die Bedingungen erst diktiert wird. Ich kam herher, um eine Versöhnung und Verständigung

zwischen dem Könige und seinem Schwiegerohne einzuleiten.“

„Und er“, fiel Burnet ein, „weiß den König an das Volk! Das ist groß und edel gedacht, Mylord. Seid sicher, der Prinz von Oranien weiß, daß dieser Weg der einzige ist, den seine Ehre ihm einzuschlagen gebietet.“

„Wir werden sehen, ob Ihr Recht habt“, rief der Lord mit einem Blick des Triumphes. „Die Bedingungen sind gut, der König wird sie annehmen, er muß sie annehmen, und der großmütige Prinz von Oranien wird die Freunde haben, König und Volk veröhnt zu sehen. Tausend Dank, Doktor Burnet, für Euren Beistand.“

Er rollte in seinem Wagen fort, und Burnet sah ihm lange verblüfft nach. „Das war der Teufel!“ rief er endlich. „Aber nein, wir kennen ihn besser. Er wird es nicht annehmen, und wenn wir noch mehr gegeben hätten.“

In demselben Saale seines Schlosses, wo die erste Versammlung der Lords und Bischöfe stattgefunden hatte, hörte Jakob den Bericht der zurückgekehrten Abgeordneten an. — Was ihm an getreuen Großen seines Reiches übrig geblieben war, hatte er dazu eingeladen, und noch immer war es eine ansehnliche Schar, die sich um den König versammelte.

Alle waren höchlich zufrieden mit den Bedingungen des Prinzen von Oranien. Lord Halifax hatte einen ausnehmend schönen und überzeugenden Vortrag gehalten, und Jakob sah lächelnd in dem goldenen Lehnstuhl und neigte bestimmend von Zeit zu Zeit sein Haupt. „Das Parlament“, sagte der Lord endlich, „welches Ew. Majestät auf den 18. Januar berufen hat, wird somit gern Ihre Vorschläge entgegennehmen. Kein Fremder wird sich zwischen Haupt und Glieder desselben Körpers drängen, dessen Wohl uns eine gemeinliche Sache ist, und Ew. Majestät getreue Unterthanen, welche niemals etwas anderes forderten, als was die Rechte des Landes befragen, werden an Dankbarkeit und Einigkeit weiterfeiern, um den entwandenen Frieden zur allseitigen Zufriedenheit zu befestigen.“

„Die Bedingungen, welche uns gegeben werden“, erwiderte der König, „sind in Wahrheit günstiger, als zu erwarten war. — Ich nehme sie an und hoffe mit Euch auf

eine dauerhafte Befestigung des Glücks und Friedens dieses Landes.“

Eine freudige Zustimmung erfolgte von allen Seiten der Versammlung. Viele Augen wurden noch, man drückte sich die Hände. Der Lord-Mayor von London, der mit den Sheriffs der Hauptstadt zugegen war, brachte ein Hoch auf den König aus, welcher sein Haupt entblöhte und allen Dank sagte.

„Mylords und Herren“, begann er dann, „die Mitteilung, welche ich Ihnen noch zu machen habe, besteht darin, kund zu tun, daß ich es für notwendig befunden, die Königin und meinen Sohn außer Landes zu senden, bis die Unruhen vorüber sind und der Friede, den wir alle wünschen, in unserm teuren Vaterlande von neuem befestigt sein wird. Ich habe heute die Nachricht erhalten, daß die Königin glücklich in Frankreich gelandet ist. Kein Mißtrauen, Mylords. Ich habe meine Pflicht als Vater getan. Niemand wird es mir verargen, aber nehmen Sie mein Wort, ich werde auf dem Wache bleiben, wohin mich Gottes Wille gestellt hat, und treu ausstehen mit erleichtertem Herzen zum Heile meines Volkes und um dies Land vor größerer Verwirrung, vor Krieg und Not zu bewahren.“

Die düsteren Blicke der Versammelten wurden milder, als Jakob also sprach und betuernd seine Hand auf die Brust legte, während er seine Augen aufwärts richtete. „Majestät“, sagte Lord Halifax, „wir vertrauen dem Schwure des Königs um so lieber, als wir irgend einen Grund finden können, der Sie, Eure, vor Gott und Welt rechtfertigt, wenn Sie den Thron und das Land den äußersten Gefahren preisgeben wollten.“

„Wohlgeprochen, Mylord“, rief Jakob. „Niemand weiß besser als ich, was ich zu tun habe, niemand will inniger und wahrer das Glück des Volkes als ich. — Ich werde sogleich an Lord Feversham schreiben, er soll das Heer zurückziehen. Alle Bedingungen dieses Waffenstillstandes sollen genau erfüllt werden. Sie vertrauen dem Könige, der König wird auch Ihnen vertrauen, Mylords. Es werden die alten guten Zeiten wiederkehren, und ich nehme mich danach wie ein Liebender. Wir wollen vergeben und vergessen, und morgen, Lord Halifax, lassen Sie uns gemeinsam beraten, wie wir am leichtesten und schnellsten zu einer aufrichtigen Versöhnung gelangen.“ (Fortsetzung folgt.)

Früher hieß es: ein Kerl hat seine Frau geprügelt; jetzt heißt es: Der Unglückliche ist ein Sadist. (Hottent.)
Nach weiteren Bemerkungen eines Mecklenburgischen Geheimrats und des Staatssekretärs Dr. Niedering wird die Weiterberatung auf Freitag 1 Uhr vertagt. Außerdem Poltschkegesetz. Schluss 6 1/4 Uhr.

Aus Nah und Fern.

Eine „echte, moderne Hausgehilfin“. Einem siebzehnjährigen Dienstmädchen, dem seine früheren Dienstherrschaften das Zeugnis eines willigen und fleißigen Mädchens ausgestellt haben, hat der letzte Dienstherr, ein Steuersekretär Mag. S. in Breslau, ein „Zeugnis“ folgenden Inhalts geschrieben: „Auf Wunsch der Pauline B. Pauline B. ist am 29. 11. 07 aus dem Dienst bei uns entlassen, weil sie ihren Willen bei uns nicht durchsetzen konnte und es ihr daher nicht mehr bei uns passte. Der Vorwand „schlechte Behandlung“ ist eine Lüge. „Pflichten“ waren bei dem Fräulein Nebenache, „Rechte“ alles. Sie hat uns durch bewusste Verleumdungen und Lügen, durch gewollte Faulheit und Frechheit gekränkt und geärgert und hat daher den ihr erteilten Tadel nicht nur selbst verdolbet, sondern auch durchaus verdient. Pauline B. ist trotz ihrer großen Jugend ein verwöhntes, verlogenes, verschlagenes Geschöpf, eine echte, moderne „Hausgehilfin“. Hervorragendes hat sie nur im Essen geleistet. Ihre sonstigen Leistungen konnten selbst unseren mächtig beschreibenden Anforderungen nicht genügen. Dies der Wahrheit gemäß. Pauline B. hat ein Zeugnis verlangt.“ Mit diesem „Zeugnis“ hat der „Herr“ einen Beitrag zur Abschaffung der Geindeflaverei geliefert, wie er nachdrücklicher nicht gedacht werden kann, aber auch einen Beitrag für die Notwendigkeit von Hausangehörigen-Organisationen, die den Unterdrückten zu ihrem Rechte verhelfen.

Geflüchtet ist der Ortskrankenkassenrentant **Aligen** in **Enningersloh** (Westfalen). Größere Unterschlagungen sind festgestellt.

Ein Grenzkuriosum. Am 1. Oktober 1907 geleiteten zwei belgische Gendarmen einen Zigeunerwagen mit einer Familie, Vater, Mutter und sechs Kinder, an die französische Grenze. Hier, vor dem Dorfe Mont-Saint-Martin, standen aber zwei französische Gendarmen und wehrten den Eingang auf das Gebiet der Republik. Der Wagen steht noch immer auf der Grenze und wird gewissenhaft von französischen und belgischen Gendarmen Tag und Nacht somahl vom belgischen als vom französischen Gebiete „ausgeschlossen“. Die Zigeuner lassen sich das ohne Murren gefallen, denn sie werden von den Behörden ernährt und stehen auf bestem Fuße mit den Gendarmen, die Arresthütten errichtet haben, um sich gegen Wind und Wetter zu schützen und sich am Feuer der Zigeuner wärmen. Man hat ausgerechnet, daß der Sold der Extrawächter und der Unterhalt der Zigeunerfamilie auf französischer Seite bis Ende Januar schon 1080 Frs. gekostet hat, auf belgischer Seite wahrscheinlich nicht viel weniger.

Die Fälle von religiösem Wahnsinn mehren sich in Unterfranken in beängstigendem Maße. Dieser Tage mußte wieder in Würzburg ein 13jähriges Dienstmädchen wegen örtlicher Erkrankung in die psychiatrische Klinik gebracht werden. Sie steht in dem Wahne, „unwürdig“ gezeichnet zu haben. Das sind die Folgen der Verwilderung, die in unserem aufgeklärten Zeitalter wahre Orgien feiert.

Der Einbrecher im Backofen. Eine ganze Woche in einem Backofen zugebracht hat ein Berliner „schwerer Junge“, der in der Provinz Gastrollen gegeben hat und der schließlich durch einen Hund verraten werden sollte. In den letzten Monaten waren in Fürstenwalde und der Umgegend fortgesetzt Diebstähle verübt worden. Vor acht Tagen wurde u. a. auch bei dem Gastwirt N. eingebrochen und letztendlich hörten die Diebstähle auf. Vom Laue dieses letzten Einbruchs an wurde von N. dessen Leckerbrot vernichtet. Weiter stellte er sich wieder ganz unvermutet ein. N. war hierüber erstaunt, noch mehr wunderte er sich über das Gebahren des Tieres. Es lief fortgesetzt nach dem Keller, gefascht und wuschelte vor dem dort aufgestellten Backofen. N. öffnete nun die Tür des Ofens und zu seiner Überraschung fand er darin einen fremden Menschen vor. N. schlug die Tür schnell wieder zu, schloß von außen ab und rief einen Polizeibeamten herbei, der den Unbekannten herausholte und verhaftete. Es stellte sich jetzt heraus, daß man es mit dem Urheber der zahlreichen Einbrüche zu tun hatte. Der fremde Bursche war ein ehemaliger Berliner Hausdiener Sch.

Der mißglückte Selbstmord. Aus Barchfeld a. d. Werra wird berichtet: Auf eine wohl einzig dastehende Art versuchte im benachbarten Schweina, wie das dort erscheinende Blatt „Der Stammtisch“ erzählt, eine Frau sich vom Leben zum Tode zu befreien. Die Frau, die des Lebens müde war, wollte sich todschießen. Sie verschaffte sich Pulver und eine Kugel, nun fehlte es ihr aber noch an einem Schießgewehr. Doch die Frau mußte sich zu helfen: sie legte Pulver und Kugel in einen Topf, steckte das Pulver mittels einer Zündschnur an und — setzte sich auf den Topf. Wütend sprang sie mit lautem Geschrei empor, sie hatte sich bei der Explosion den Teil des Körpers, bei dem der Rücken aufhört, arg verbrannt. Die Kugel lag natürlich noch ruhig im Topfe. Die Frau soll nunmehr von den Selbstmordgedanken vollständig geheilt sein.

Von dem Pflichterfüller der brasilianischen Volksvertreter, die sich für 7,5 Milreis (950 Mk.) Tagelohn im Schweize ihres Angefichts ablagen, Gelege zu machen, hat, wie der „Urwaldsbote“, Deutsche Zeitung in Blumenau (Süd-Brasilien) meldet, die denkwürdige Sitzung vom 18. Dezember 1907 sprechendes Zeugnis abgelegt. Es war ein heißer Tag, und in den heißen Hallen, in denen über das Wohl und Wehe des Vaterlandes beraten wird, herrschte drückende Schwüle. Von den wenigen Abgeordneten, die sich pflichtgemäß (d. h. um der Diäten nicht verlustig zu gehen! Red.) eingefunden hatten, schloß sich einer nach dem anderen aus dem Saal. Das Präsidium ging von Hand zu Hand, bis es beim letzten Stellvertreter angelangt war, der sein müdes Haupt auf den Tisch des Hauses neigte. Stille rings und tiefes Schweigen. Wütend ertönt eine Stimme: „Herr Präsident, ich bitte ums Wort.“ Ohne aufzublicken murmelt der also Angeredete mechanisch die übliche Formel: Der edle Deputierte hat das Wort. Und jetzt vernehmen die leeren Bänke folgende Rede: Herr Präsident! Ich habe nicht ums Wort gebeten, um über das vorliegende Projekt zu reden, sondern nur, um festzustellen, daß ich in diesem Augenblicke der einzige Abgeordnete bin, der die Ehre hat, Eurer Exzellenz Gesellschaft zu leisten. Ich habe nichts weiter hinzuzufügen. Sprach's und setzte sich nieder. Der Präsident erwachte aus seinem Schlaftrummer und sah sich, wie der Löwe in Schillers Ballade, stumm ringsum. Er und der Redner waren tatsächlich die einzigen von den 210 Erwählten des Volkes, die sich im Saale befanden. Als bald wurden die Glocken in Bewegung gesetzt und es erschienen noch weitere zwei Deputierte, um dem Schluß der Sitzung beizuwohnen. Wer war der standhafte Volkstribun, den weder die erschöpfende Hitze noch das ver-

führende Beispiel seiner Kollegen vermocht hatten, vom Plage zu weichen? Es war der oppositionelle Abgeordnete Dr. Pedro Moacyr aus Rio Grande do Sul. So hatte die Opposition einmal das Feld behauptet.

Spionage-Affäre. In Paris sind unter dem Verdacht, die Konstruktion des Lebaudy'schen lenkbaren Luftschiffs zu Spionagemitteln auszuforschen zu haben, der Österreicher Krumholz und seine Geliebte verhaftet worden. Hierzu wird aus Paris berichtet: Die Anwesenheit des 60jährigen österreichischen Architekten August Krumholz und seiner 30jährigen nach Ratibor zuständigen Geliebten Gertrud Brieger interessiert hier hauptsächlich darum, weil der Lebaudy'sche Ingenieur Julliot zugestanden hat, mit dem imponierend auftretenden, elegant gekleideten Krumholz in Verkehr getreten zu sein. Julliot sollte mit Dokumenten belegte Artikel für eine von Krumholz hier vertretene österreichische oder ungarische Revue schreiben. Julliot verlangte, daß eine Hausdurchsuchung bei ihm vorgenommen werde, um darzutun, daß kein Dokument fehle. Die Untersuchung sucht klarzustellen, ob Krumholz in der Lage war, Julliot gewisse, beim Zerschneiden der Lenkballon-Grundflächen wichtige Handgriffe abzusehen. Krumholz, der vor Jahren in Wien bankrott machte, ließ seine Frau in Litz und lebte hier von Gelegenheitsgeschäften mit Antiquitäten. Er korrespondierte viel mit Personen in Ungarn. Ferner wird gemeldet: Der Untersuchungsrichter findet keine rechte Handhabe, den in Haft befindlichen Krumholz der Spionage zu bezichtigen. Der wichtigste Zeuge Julliot beharrt dabei, daß Krumholz an ihn mit keiner anderen Bitte herangetreten sei, als in einem Wiener Fachverein zu sprechen. Die einzige Herrn Julliot unangenehme Indiskretion, die in der letzten Zeit begangen worden ist, erfolgte von französischer Seite, nämlich der Monatschrift „Aerophile“, die die besonderen Merkmale bekannt gab, die den in Arbeit gegebenen großen Lebaudy'schen Armeeballon vom Typ der Festungsballons unterscheiden. Von allen diesen Einzelheiten, so versichert Julliot, ist in seinem Gespräch mit Krumholz nicht die Rede gewesen. Julliot legt dem Zwischenfall geringe Bedeutung bei.

Überfall auf einen Postwagen. Aus Lublin wird geschrieben: Von allen Überfällen und Mordtaten, die in letzter Zeit sich hier ereigneten, übertrifft doch der Überfall auf einen Postwagen an Grausamkeit alle vorangehenden. Am Mittwoch gegen Mittag zwei Postkutschenwagen in Begleitung eines Postbeamten und unter Beförderung von fünf Soldaten des Kasan'schen Regiments von Lublin aus nach dem Städtchen Krasow fuhrten und sich unweit des Dorfes Strzeszowice Male (etwa 12 Kilometer von hier entfernt) befanden, sahen die Reiter, daß die Straßenperre, die sich dort befindet, geschlossen war und hielten deshalb die Pferde an. (In Russland gibt es auf verschiedenen Landwegen Sperren, Rogatka genannt.) Jeder Vorbeifahrende muß eine Kopfe pro Pferd Sperrgeld zahlen. Die Rogatka war von fünf Räubern geschlossen worden, die sich an beiden Seiten des Weges versteckt hielten. Die Räuber feuerten sofort auf einen der dort stehenden Schützen, in dem sich vier Soldaten befanden und töteten sie. Sofort nach den Schüssen sprangen ein Postbeamter mit einem Unteroffizier, die sich im ersten Schritten befanden, herum und schossen auf die Räuber, von denen sie einen verwundeten. Die Räuber antworteten mit einer Salve. Der Beamte war sofort tot, während der Unteroffizier nach kurzer Zeit seinen Verletzungen erlag. Die Bande setzte sich dann in den Schritten und fuhr mit der Beute davon, die 1950 Rubel bares Geld, Wechsel in Höhe von 3132 Rubel und Briefmarken für 1495 Rubel umfaßte.

Letzte Nachrichten.

Leipzig, 20. Februar. Der langjährige Kassierer der Leipziger Immobilien-Gesellschaft, Schneider, erschoss sich heute im Bureau der Gesellschaft. Die Nachforschungen ergaben, daß ein Kassendiebstahl nicht vorliegt, und daß die Ursache des Selbstmordes in einer langjährigen Krankheit zu suchen ist. Vor drei Tagen erschoss sich die Mutter Schneiders.

Mühlhausen (Thüringen), 20. Febr. In der Thonassquelle wurde die Leiche eines ungefähr 3 1/2 jährigen Knaben aufgefunden. Die eingeleitete Untersuchung ergab, daß der Vater des Kindes, der Arbeiter Alwin Heiliger aus Mühlhausen, das Kind ermordet und in die Quelle geworfen hat. Heiliger gestand die Tat bereits ein.

Kassel, 20. Februar. Bei den gestrigen Ergänzungswahlen der 3. Klasse zur Stadtverordnetenversammlung siegten sämtliche sieben Kandidaten der sozialdemokratischen Liste.

Altenstein, 20. Februar. Der Hauptmann von Goeben wird, wie die „Allenstein'sche Zeitung“ hört, noch in dieser Woche von der Freimantel Kortau wieder nach dem Allgemeinen Militärgefängnis überführt werden. Öffentlichlich ergab sonach die ärztliche Untersuchung keinen Anhaltspunkt dafür, daß Goeben geistig minderwertig sei. Wie dasselbe Blatt ferner meldet, wird auf Veranlassung einer Goeben nahestehenden Seite dieser auf seinen Geisteszustand nochmals untersucht werden, und zwar durch den Münchener Psychiater Dr. Freiherrn von Schrenk-Noring, der zu diesem Zweck am kommenden Montag in Altenstein einzutreffen gedenkt. Auch im militärischen Auftrage wird die nochmalige Untersuchung Goeben's stattfinden, und zwar durch den Gerichtsarzt Dr. Huppe-Königsberg. Wie das genannte Blatt schließlich vernimmt, ist Frau Major Schönebeck gegenwärtig tatsächlich geisteskrank.

Sersfeld (Prov. Hessen-Nassau), 20. Februar. Infolge des regnerischen Wetters der letzten Tage und der dadurch beschleunigten Schmelze der noch in der Rhön liegenden Schneemassen ist die Fulda aus den Ufern getreten und überflutet die umliegenden Grundstücke.

Essen, 20. Februar. Im benachbarten Vorbeck geriet ein 6 bis 8 Häuser umfassender Komplex in Brand; 6 Feuerwehren waren bemüht, die Ausdehnung der Feuerbrunst zu verhindern, die beim Lichtanzünden im Warenhaus von Voewenstein entstanden war. Es gelang nach eifriger Tätigkeit, den Brand auf das Warenhaus zu beschränken. Die Nachbargebäude, die schon geräudert waren, sind in der Nachtstunde außer Gefahr. Das Warenhaus brennt noch.

Meß, 20. Februar. Bei Flörschingen stieß ein Güterzug mit einem Rangierzug zusammen. Ein Rangierer ist tot, drei Zugbeamte sind verletzt. Der Materialschaden ist groß.

Saloniki, 20. Februar. Zwei griechische Mädchen wurden bei Ostica, Bezirk Castoria, von einer bulgarischen Bande zu Tode gefesselt.

Literarisches.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), ist uns soeben Nr. 4 des 18. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: „Lieber tot als Sklav!“ — Die heutige Kinderfürsorge in Staat und Gemeinde. Von Mathilde Wurm. (Schluß.) — Zwei Märtnrinnen im russischen Freiheitskampfe. Von L. K. — Die Tarifbewegung in der Holzindustrie. Von Ernst Deinhardt. — Das Zeugnis im Dienstbotenbuch. Von Helene Grünberg. — Das Frauenwahlrecht in Dänemark. Von B. Knudsen. — Aus der Bewegung: Große Klotz 7. — Von der Agitation. — Von den Organisationen. — Volkstische Rundschau. Von H. B. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Aus der niederrheinischen Textilindustrie. — Notizen: Dienstbotenfrage. — Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. — Gewerkschaftliche Arbeiterinnenorganisation. — Frauenstimmrecht. — Frauenbewegung. — Feuilleton: Ja, es ist ein mächtiges Tagen. Von Adolf Friedrich Graf von Schadt. (Gedicht.) — Märkte. Von Gottlieb Schnapper (Fortsetzung.) — Für unsere Kinder: Turmwächterlied. Von Friedr. de la Motte Fouqué. (Gedicht.) — Kriegsgeschichten. Von Hans Friedemann. — Der Sturm auf die Fabrik. Aus „Polas“ „Zusammenbruch“. — Die Tanne. Von Ferdinand Freiligrath. (Gedicht.) — Die Hänzchen Kesseltin in einem Ausflug machte. Von O. R. — Der Skläufer. Von Bähler. (Gedicht.) — „Wenn Reich und Sein trachen...“ Von Brand. — Peter Och's. Dänisches Volksmärchen. (Schluß.) — Der Stedensperdreiter. Von Robert Keind. (Gedicht.) — Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Beisatz 55 Pf., unter Kreuzband 85 Pf. Jahresabonnement 2,60 Mt.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 21. Heft des 26. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Zur Geschichte der Dreiklassenwahl. — Bülow's Regierung und die Hausarbeiter. Von Hermann Rosenbüch. — Eine Resolution und ihre Bedeutung. Von Th. Rothlein (London). — Brief aus Amerika. Die Kräfte. Die Parteien. Die Gerichtshöfe gegen die Arbeiter. Von Algenon Lee (New York). — Die Agrarfrage in Russland. Von N. N. — Literarische Rundschau: Jahrbuch des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine. Von Herm. Klefner. Karl Rösener, im Kampfe um die Volkseele. Von H. Sch. — Zeitschriftenchau. Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolportiere zum Preise von 4,25 Mk. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pfennig. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Von „Wahren Jakob“ ist uns soeben die 4. Nummer des 25. Jahrganges zugegangen. Aus ihrem Inhalt erwähnen wir die beiden farbigen Bilder „Die Mainlinie“ und „Triumph at Order“, sowie die Illustrationen „Die Wirkung von Lissabon“, „Der Abermarinismus“, „Deutsch-national“, „Das Gläschen und Weisheit des armen Mannes unter der Blutpolizei“ und „Berliner Ordnungshüter“. Der textliche Inhalt der Nummer bringt die Gedichte „Dom Carlos“, „Der neue Zellenbau“, „Das liberale Regergesicht“, „Die Vergeltung“, „Die Laumarmen“, „Wandernde Gefellen“, von Gustav Weber, „Die Raarung“ (illustriert), „Zwischen Gräbern“, „Der Schutz in Berlin“, „Neuestes Wintermärchen VII.“ und außer zahlreichen kleineren Beiträgen noch die größeren satirischen Feuilletons „Mehrere Fingerzeige“, „Warum ein Bauer keinen Brechen leiden mag“, sowie die Novelle „Das Gefängnis“ von Edm und Fischer. Der Preis der 12 Seiten starken Nummer ist 10 Pfg.

Handels- und Marktnachrichten.

Sternichaus-Viehmarkt
20. Februar.

Der Schweinehandel verlief etwas besser. Zugeführt wurden 1209 Stück davon vom Norden — Stück vom Süden — Stück. Preis: Verlandschweine schwere 53 Mk. leichte 52—53 Mk. Sauen 47—52 Mk. und Ferkel 48—51 Mk. pro 100 Pfund

Verantwortlicher Redakteur: Joh. Stelling.
Verleger: E. Schmarz. Druck: Friedr. Mene.
Sämtlich in Wiesbaden

Unterstützung ist soeben Herr Fritz Karber, 7. Querstraße 14, auf eine „Antriebsvorrichtung für Calwagen“ erteilt. Da durch diese Vorrichtung den Pferden das Anziehen bedeutend erleichtert wird, dürfte dieselbe in Interessentkreisen besondere Beachtung finden.

Komitee- u. Kommissions-Sitzungen

D. G. F.

Sonntag nachmittag 5 Uhr:

Vorstandssitzung

im Vereinshaus, Johannisstraße 50-52.

Durch Unglücksfall starb mein lieber Mann und meiner 9 unehelichen Kinder guter Vater der Schmied

Carl Dietz

im 36. Lebensjahre.

Liebetrauerer von den Seinen

Magdalene Dietz geb. Meyer
und Kinder.

Beerdigung am Montag, 24. Februar, nachm. 3 Uhr, v. d. Kapelle Vorwerk aus.

Für die Beweise inniger Teilnahme und für die reichen Kranzspenden bei dem Begräbnis unseres lieben Sohnes sagen wir allen Freunden und Bekannten besten Dank.
E. Mewes und Frau.

Ein leeres Zimmer zu vermieten.
Zu erfragen Schönbrunnstr. 3c.

INVENTUR-AUSVERKAUF

Schlüssel u. Gabel jezt 9 u. 15 Pf. Tassen, Porzellan, weiß jezt 9 Pf. Butterdosen mit Deckel . . . 22 Pf. Straßenebisen statt 75 jezt 42 Pf.
 Teelöffel . . . Stück 5, 8 u. 9 Pf. Becher " jezt 7, 10, 12 Pf. Wasserkannen . . . jezt 22 Pf. Kaffosbisen nur 42 Pf.
 Vorlegelöffel Stück 55 u. 85 Pf. Kannen, bunt 9 u. 10 Pf. Salz- u. Pfeffermenag. 4, 8 Pf. Möbelbürsten statt 65 jezt 48 Pf.
 Tablett statt 1.40 jezt 1.00 Pf. Milchtopfe jezt 5, 8, 10, 12 Pf. Glasschalen nur 9, 10, 14 Pf. Kleiderbürsten jezt 22 u. 32 Pf.
 Kaffee-Service, statt 3,50 jezt 2,60 Pf. Wasch-Service jezt 1,60, 1,90, 2,50 Pf.

Breitestr. 33.

RIESEN-BAZAR.

Breitestr. 33.

Pietro Cagna.

Trotz unserer enorm billigen Preise rote Lubeca-Marken.

Wagenremise mit Stallung

vermieten. Näheres Glockengießerstr. 73.
für die Hausfrau! Reparaturen an Porzellan, Glas, Marmor, Nieten, Stitten, Tische bebinden.
 W. Niemann, Untertrave 26/7.

Uhren u. Goldwaren

Trauringe 333 u. 585 gest., anerkannt billig bei
Ernst Gentzen
 Uhrm., Königl. 62, b. d. Dörfler.
 Gebe rote Rabattmarken.

Betten, Bettfedern u. a. Betten-Artikel

lassen Sie billige und reell bei
Markl Otto Albers Kohlm.
 4. S. komplette Betten von 12,50 Mt an, Federn br. Pfd. von 45 St. bis 4 Mt.
 Rote Lubeca-Marken.

Liköre

in großer Auswahl empfiehlt
W. Rahfoth
 Untertrave 113.

Für Gärtner und Gartenbesitzer.

Zur bevorstehenden Frühjahrsausaat empfehle die besten Sorten Gemüse- und Blumen-Saaten in vorzüglicher Qualität.
Friedr. Michael,
 Samenhandlung und Blumenkinderlei,
 Breitestraße 49.

Empfehle zu Sonntag ausnahmsweise

ein junges ferngettes Rindfleisch Pfd. 70 Pf., Cuccineisch Pfd. 60 Pf., Kalbfleisch Pfd. 50 Pf., Keule 60 Pf., fettes Schweinefleisch Pfd. 70 Pf., Keule 90 Pf., gebratenes Schweinefleisch 1.- Mt., Kollfleisch 80 Pf., Gulasch 70 Pf., Gekochtes 70 Pf., Schweinefleisch 60 Pf.

Paul Boldt, Schlachterei,

Wahnstraße 22.
 anprecher 759. Fernsprecher 753.
 Jeden Sonnabend
 frischen Spiessbraten,
 Torturle-Ragout, Herings-Salat.
E. Hinrichs
 Schlachterei und Würstmacherei,
 Zinkenbagen 3.

Ba. Schenkefleisch,

Schweinefleisch Pfd. 60 Pf., Kalbfleisch Pfd. v. 40 Pf. an ff. Aufschnitt.
 Jeden Sonnabend abend von 5 Uhr an
jeiße Knackwurst
 empfiehlt

Carl Kühn,

arendstraße, Ecke Schwart. Allee.
 Fernsprecher 1403.

Kopffleisch

Leberwurst
Brotwurst
 sowie jeden Sonnabend

Warme Knackwurst.

Leinr. Viereck
 Pflanzstraße 96.



Vertrauenssache
 ist der Margarine-Sandel. Wer mit seiner Bezugsquelle unzufrieden ist, mache Versuch mit meinen feinen Qualitäten.
 Kilo 1.15, 1.25, 1.35. Jeder Versuch führt zu dauernder Kundenschaft.
 Obertrave 8. **Ludw. Hartwig.**
 Sie erhalten Lubeca-Rabattmarken.

Schweinefleisch Pfd. 60 Pf. Bestes Schmalz Pfd. 70 Pf.
 Rindfleisch . . . " 60 " Al. Rauchstücke " 70 "
 Kalbfleisch . . . " 40 " Gef. Mettwurst " 60 "
 Karbonade . . . " 70 " Leberwurst . . . " 60 "
 Sülze " 50 "
 empfiehlt

W. Strohsfeldt.

Markthallenstand 12, 13, 14 und 15.

Zur Ewigen Lampe

Johannisstraße Nr. 5.

Sonnabend, den 22. Februar 1908:

Humoristisches Bockbier-Fest.

Elektrische Beleuchtung.

Nähmaschinen werden gut und billigst repariert bei
 H. A. Hill Nachf.
 Walter Schmidt, Obere Johannisstr. 9.

Allerfeinste Meiereibutter

Pfund 1,55 Mt.,
II. Sorte Meiereibutter
 Pfund 1,45 Mt.,
Beste Margarine
 Pfund 90, 80, 70, 60 Pf.

Konserven

in bester Qualität zu billigsten Preisen, sowie sämtliche Sorten
Käse

empfeht C. Krapp,

Obere Wahnstraße 6.
 NB. Gebe auf sämtliche Waren rote Rabattmarken.

Tadellosere Landspeck,
 Landshinken, Landwurst,
 vollfrische Trücker,
 vorzügliche Weine,
 Kartoffeln,
 sowie sämtliche

Konserven, Frucht- u. Gemüse-

waren billigst.
L. Jacobsen Nachf.
 Meierstraße 26.

Fr. fetter Speck, Pfund 75 Pf.
 Fr. magerer Speck, Pfund 80 Pf.
 Fr. weißer Schmalz, Pfund 65 Pf.
 Obiges bei Abnahme von 1 Pfd. pro Pfd. 5 Pf. billiger.

Ba. fettes Rindfleisch Pfd. 55, 60 u. 70 Pf., Schweinefleisch 60 Pf., Kopf u. Bein 20 Pf., frische und leicht gepökelte Kochrippen 20 Pf., an, Al. Rauchstücke 70 Pf., ger. Nacken 80 Pf., Kollschinken 50 Pf., Schweinebäcken ohne Knochen 60 Pf., ger. Schweinstöpfe 45 Pf., Kochwurst 60 Pf., Kubener 50 Pf.
 ff. Aufschnitt per Pfd. 1,00 Mt.
 Jeden Sonnabend von 5 Uhr an:
 Heiße Knackwurst.

M. Lahrtz, Böttcherstr. 16.

Schlachterei u. Würstfabrik m. elektr. Betrieb.

Gemüse-Konserven

| | |
|--------------------------------|--------|
| 2 Pfd.-Dose Spargel I | 88 Pf. |
| 1 Pfd.-Dose do. I | 55 " |
| 2 Pfd.-Dose do. II | 70 " |
| 2 Pfd.-Dose do. III | 55 " |
| 2 Pfd.-Dose Erbsen I | 55 " |
| 1 Pfd.-Dose do. I | 40 " |
| 2 Pfd.-Dose do. II | 48 " |
| 4 Pfd.-Dose do. III | 65 " |
| 2 Pfd.-Dose do. III | 38 " |
| 4 Pfd.-Dose Brehbohnen | 50 " |
| 2 Pfd.-Dose do. | 28 " |
| 4 Pfd.-Dose Schnittbohnen | 50 " |
| 2 Pfd.-Dose do. | 28 " |
| 2 Pfd.-Dose Spinat | 60 " |
| 1 Pfd.-Dose do. | 35 " |
| 2 Pfd.-Dose Leipziger Allerlei | 48 " |
| 1 Pfd.-Dose do. | 30 " |
| 2 Pfd.-Dose Pflanzen mit Stein | 50 " |
| 2 Pfd.-Dose Fische mit Stein | 70 " |
| 2 Pfd.-Dose Fische weiß | 70 " |
| Kirschkast ganze Flasche | 40 " |
| Himbeersaft 1/2 Flasche | 45 " |
| Orangensaft 1/2 Flasche | 50 " |
| 1 Pfd. Tafelmargarine I | 70 " |
| 2 Pfd. do. I | 135 " |

Ed. Speck, Süßstraße 80-82.

Eine große Partie gute
geräuch. Wurst a Pfd. 90 Pf.
 Leberwurst, Braunschweiger u. Preßwurst
 Pfd. 50 Pf.

Landbierwurst Pfd. 80 Pf.
Schöner Schweizerkäse Pfd. 70 Pf.
 Holländer nur 80 Pf.
 Gimbürger 50 Pf.
 Gostheimer 25 Pf.

Fedder J. Behm

Beckergarbe 33, Ecke Fünfhäusen.
 Empfehlen



sehr schönes
 Beefsteak,
 ff. Filee,
 Würstbeirat,

prima Suppenfleisch,
 dicke Blumen,
 feines Brateneschmalz,
 sowie

schönes gefochtes Kollfleisch,
Ernst Wallf, Frau S. Becker,
 Dannewitzgr. 31. Fischergarbe 23.

Carl Ehlerz Tabak- und Zigarren-Handlung.
 Schwarz. Allee 85. Rauch- und Kautabak.

Heinrich Beckmann
 Reiterstraße 6
 Schuhwaren aller Art billig.
 Rote Rabattmarken.
 Reparatur-Werkstatt. — Handarbeit.

Arbeit-Verein Lübeck

Sonntag, den 23. Februar:
Tour nach Oldesloe (Bezirksversamml.)
 Abfahrt 9 1/2 Uhr morgens vom Vereinshaus.
 Fahrwart I.

Arbeiter-Bildungsanstalt

Der Unterricht in Deutscher Sprache findet in nächster Woche nicht am Dienstag, sondern bereits am Montag statt.
 Der Vorstand

Einladung zum

Stiftungsfest

der
 Lübeck. Genossenschafts-Bäckerei
 c. G. m. b. H.

am Montag, den 24. Febr.,
 im Vereinshaus, Johannisstraße 50-52.
 Anfang 8 Uhr. — Eintritt 50 Pf.
 Der Vorstand und Aufsichtsrat.

Konzerthaus Harmonie.

110 Süßstraße 110.
 Sonnabend und Sonntag:

Hum. Bockbier-Feier

(festlich dekorierte Räume).
 Dazu

Assa-Ben-Amins, Zigeuner-, Konzert-, Musik- und Gesangsgruppe.
 Alle musizieren, singen, dubeln, jodeln, daß einem das Herz im Leibe lacht.
 Kappen u. Bockbierlieder gibts gratis.
 Eintritt frei.

Universum

Täglich 2 große Komödien:
 Ein Kegelabend in der Hansa-Halle.
 Rentier Stint als Hochzeitsgast.
 h. Puls.

Hansa-Theater

Nur noch 3 Tage
Grete Gallus
 -Gastspiel.

Acosta, Frosso etc.
 Vorverkauf bei Sager bis 5 Uhr.

Stadt-Theater.

(Provisorium)
 Direction: L. Piorkowski.
 Sonnabend, den 22. Februar. 8 Uhr.
 Jeder Platz 50 Pf.

Kabale und Liebe.
 Sonntag, 23. Febr. 4 1/2 Uhr: Fremd-Vorst.
 Gedenkfeier zum 25jähr. Todestage von
 Richard Wagner
 (13. Februar 1883).

Die Meistersinger von Nürnberg.
 Montag: Panne.
 Dienstag: Die lustige Witwe.